

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) S-Bahn – Hebung des Potentials für den ÖV innerhalb der Stadt Graz

GR. Dr. **Piffl-Percevic** und GR. **Haberler**, MBA stellen namens von SPÖ, Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Die Hebung der Potentiale im ÖV, das ist ein oder das wichtige Leitthema, wofür wir im Gemeinderat ganz besonders Verantwortung tragen. Ich darf nochmals wiederholen, es ist heute ja schon öfter darüber gesprochen worden, wir haben dafür zu sorgen, dass der ÖV in einer Weise ausgebaut wird von der Quantität und von der Qualität, dass der Wirtschaftsstandort Graz leben kann, dass die Wohnqualität in unserer Stadt außen vor ist, das bedingt eben auch Rücksichtnahme auf Klima, Kleinklima, Umweltbelastung und, und, und. Wir haben daher auch im letzten Gemeinderat einen dringlichen Antrag im Zusammenhang Schwerpunkt Graz West Reininghaus gehabt und dort stand auch schon die GKB beziehungsweise die S-Bahn, die wir dort haben, im Mittelpunkt einer Betrachtung. Wir haben in der vorvergangenen Sitzung auch den Masterplan ÖV beschlossen, der uns ein ehrgeiziges Ziel mit einer Blickrichtung bis 2025, 2030 vorzeichnet. Generell und zentral ist die jährliche Anhebung des ÖV um rund drei Prozent. Das heißt, allein bis in den nächsten Jahren eben von zehn Prozent. Wir haben in Straßgang, in Eggenberg 15 % Steigerung prognostiziert für diesen Zeitraum. Straßgang 15 %, wiederhole Eggenberg 30 %, Straßgang 15 %, Wetzelsdorf, Lend und Gries je zehn Prozent. Also das Wachstumspotential tatsächlich im Grazer Westen ist fordernd, herausfordernd. Aber der heutige Antrag ist generell einem wichtigen Thema gewidmet, allein die Graz Linien mit den Bussen befördern täglich mit den 30 Linien zirka 160.000 Passagiere. Mit den sechs Straßenbahnlinien täglich 170.000 und mit der S-Bahn, zu der wir ebenfalls erhebliche Mittel für die Nahverkehrsknoten und Stationen beigetragen haben, angeblich, ich glaube es nicht, aber die Ziffer wurde uns

zweimal genannt, innerstädtisch lediglich 2.000 Personen pro Tag. Wir haben neun S-Bahn-Stationen in Graz, ich konnte sie auch erst nach reiflichem Nachdenken aufzählen und habe immer ein paar vergessen, neun innerstädtische S-Bahn-Stationen nicht mitgezählt Raaba gleich vor der Grenze oder Feldkirchen oder Gratkorn, rein innerstädtisch. Auch noch nicht mitgezählt der Nahverkehrsknoten, den wir immer wieder mit Recht einfordern, das heißt, wir hätten dann sofort zehn innerstädtische Haltestellen beziehungsweise Verkehrsknoten. Wir können uns einfach nicht, bei bestem Willen nicht damit zufriedengeben, dass nur 2.000 Personen innerstädtisch damit befördert werden, wir bekennen uns, damit da kein Irrtum entsteht dazu, dass die S-Bahn ganz, ganz wichtig eine Pendlerzubringung nach Graz ist, auch Studierende und Schüler, wir haben 60.000 Studenten, ein beachtlicher Teil kommt täglich auch aus dem Umland, wir haben 50.000 Schüler, auch hier kommt ein beachtlicher Teil zur HTL, Bulme und, und, und. Die Transportleistung ist hier außen vor, ich rede heute bewusst nur, extrapoliere die innerstädtische Relevanz, wir können sie allein mit der Straßenbahn und den Bussen nicht stemmen, wir werden alles tun müssen, daher stimmen wir dem Zusatzantrag der Grünen zu, dass wir auch die Straßenbahn, falls bei einem S-Bahn-Ausbau sich ergibt, gefordert ist, auch dort Nahverkehrsknoten auszubilden mit Haltestellen der Verkehrsmittel. Die sind derzeit an einigen S-Bahn-Stationen überhaupt nicht gegeben, namentlich bei denen an der GKB. Wir wollen einen Bericht und bitten um einen Bericht, welches Potential hier besteht und dann gibt es noch einen Unterpunkt, S-Bahn-Taktverdichtung, heißt natürlich auch längere, mehr Wartezeiten, mehr geschlossene Bahnübergänge, hier gibt es angeblich auch eine Hardware und Software, die diese Zeiten verkürzen kann, das ist auch vor einem offensiven Ausbau der S-Bahn jetzt schon geboten, um auch unseren innerstädtischen ÖV zu beschleunigen, geringere Wartezeiten in Liebenau in den Bahnübergängen der GKB. Ich glaube, wir fordern mit Recht einen Bericht ein und wollen uns gemeinsam auch an einem offensiven Ausbaukonzept der S-Bahn, auch der S-Bahn, aktiv beteiligen. Ich ersuche daher um Annahme dieses dringlichen Antrages und danke, dass fast alle Fraktionen diesen Antrag bisher schon auch nominell unterstützt haben

und mir wird signalisiert, auch die Freiheitlichen treten diesem Antrag inhaltlich näher. Herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Piffli-Percevic! Wir unterstützen, wir die SPÖ, deinen Antrag vollinhaltlich, wir sind da wirklich auf derselben Linie, es muss wirklich möglich sein, unser Graz besser auszubauen mit öffentlichem Verkehr. Graz ist nicht eine Kfz-Stadt, Graz ist eine Stadt für Menschen und es soll ein lebenswertes Graz sein, Graz ist eine wunderbare Stadt und da kann es nicht sein, dass wir im Verkehr überschwemmen, wo die Möglichkeit da ist, dass wir den öffentlichen Verkehr ausbauen können, eben diese S-Bahn-Stationen. Ich wünsche mir ja schon lange auch mit den Umlandgemeinden eine Kooperation, also seit etlichen Jahren schon möchte ich oder fordere ich, dass wir viel besser mit den Umlandgemeinden zusammenarbeiten, dass es eben möglich ist, da eine bessere Vernetzung zu finden. Es gibt auch Stationen, die leider bisher noch nicht genutzt werden, wir haben das in ein oder den anderen Ausschüssen auch schon besprochen, dass das ohne weiteres möglich ist und aus dem Grund werden wir, wir sind für sanfte Mobilität, das ist ganz klar und stimmen aus diesem Grund dem Antrag vollinhaltlich zu (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Elke Kahr, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin wieder fasziniert, dass die ÖVP mit sehr klugen, ambitionierten Anträgen im Verkehrsbereich daherkommt, so auch heute wieder. Wir hatten das auch in der Vergangenheit schon und trotzdem mag ich schon auf ein paar Dinge verweisen. Das eine ist vor ein paar Minuten passiert, der Zusatzantrag des Kollegen Eber, der zum

Ziele hatte die Straßenbahnanbindung Reininghaus früher zu schaffen, wurde von der ÖVP, der SPÖ und der FPÖ abgelehnt.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GR. **Dreisiebner**: Ein Budget wird es geben, wann auch immer, das ist nicht das Thema, es geht um dementsprechende Signale...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Euch ist es egal, uns nicht.

GR. **Dreisiebner**: Das ist jetzt nicht das Thema. Das Thema ist viel mehr, dass dieser Masterplan ÖV 2021, Ausblick 2030, nur den Status, den wir vor zwei Monaten hatten, nur den Status eines Informationsberichtes hatte, da sind keinerlei Finanzvorkehrungen, Finanzausweisungen, Budgetvorschauen usw. mit drinnen und damit ist das Ganze natürlich nicht so viel wert, wie es wert sein müsste, wenn man das ernsthaft angeht und so wie ich das vorher gehört habe, von euch allen es ja auch gesehen wird. Aber, kommen wir zur Sache selbst, die Geschichte ist sehr wichtig, man sollte da möglichst einiges auch mit den S-Bahn-Systemen und Angeboten, die wir in Graz haben, in der Zukunft tun und das bei den Menschen auch mehr in den Köpfen verankern, dass das Angebote sind. Dazu brauchen wir zum Beispiel in Don Bosco eine Straßenbahnanbindung, sind wir schon wieder irgendwo in der Nähe des Themas

Reininghaus, dazu brauchen wir aber natürlich auch, wenn Gösting Bulme ausgebaut wird, auch dorthin eine Straßenbahn und nicht noch mehr Menschen in jetzt schon überfüllten Bussen. Und, wie gesagt, ich finde die Intention deines Antrages, eures Antrages, lieber Peter Piffl-Percevic und Stefan Haberler, finde ich gut, nur wir müssen auch in die nächsten Schritte kommen und in diesem Sinne auch mein Zusatzantrag, wo die Unterstützung schon signalisiert worden ist.

Als dritter Punkt möge eingefügt werden: Überdies möge im Zuge der beantragten S-Bahn-Potenzialprüfung eine Abschätzung getroffen werden, welche Ausbaumaßnahmen im Bereich des innerstädtischen Straßenbahn-Liniennetzes parallel notwendig sein werden, um den zu erwartenden zusätzlichen lokalen und regionalen Fahrgästen, die ein entsprechend ausgebautes und optimiertes S-Bahnnetz im Grazer Stadtgebiet mit sich bringen wird, eine möglichst attraktive Anbindung an das städtische Liniennetz zu bieten.

Das wäre auch ein Schritt, der getan werden muss und eurer muss auch getan werden, deswegen unterstützen wir das. Ich hoffe, ihr verzeiht die kritischen Worte (*Applaus Grüne*).

GR. **Sikora:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Klubobmann! Die KPÖ unterstützt selbstverständlich diesen wirklich wertvollen Antrag. Ich gebe nur zur Erinnerung, dass ich 2014 im Februar den wortgleichen Antrag an den Gemeinderat gestellt habe und du hast vollkommen Recht in deiner Ausführung, also die meiste Zahl der Bevölkerung weiß nicht einmal, wo es Haltestellen gibt der S-Bahn, dabei hätten wir ein so enormes Potential, denke ich an die Diskussion der Straßenbahnlinie nach Straßgang. Wir haben parallel dazu führend eine hochwertig ausgebaute S-Bahn-Linie, also da würden sich viele Diskussionen auch erübrigen und hättet ihr 2014 diesem Antrag zugestimmt, würden wir selbstverständlich das Budget auch dazu gehabt haben. So gesehen, hoffe ich, dass wir

trotzdem vielleicht ein paar Punkte finden, um beim Budget einig zu werden. Danke
(Applaus KPÖ).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.

2) Keine Genehmigungen für zusätzliche mobile Großplakatständer (16 Bogen und 24 Bogen) auf städtischem Eigentum im Zuge von Wahlkämpfen

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Ich habe den Antrag geschrieben, da habe ich nicht gewusst, dass er so aktuell ist, aber wir haben ja auch in unserem Fairnessabkommen, auch in den Gesprächen, die unsere Klubobfrau mit den anderen Parteien geführt hat, über dieses Thema schon gesprochen und ich möchte es jetzt auch einmal als dringlichen Antrag formulieren, weil durch das wiederholte Verschieben der Bundespräsidentenwahl ein Missstand besonders aufgefallen ist und zwar jener der zusätzlich aufgestellten Großplakatständer beziehungsweise Großplakate, die das Stadtbild, und ich sage es einfach so einmal direkt, eher verschandeln als bereichern, obwohl ausreichend Plakatflächen von professionellen Anbietern in Graz zur Verfügung stehen würden.

In Salzburg haben sich die im Stadtratskollegium vertretenen Parteien 2013 auf das Aufstellverbot von mobilen Plakatständern verständigt, woraufhin der für das

städtische Grundamt, so heißt es dort, ressortzuständige Dr. Heinz Schaden für mobile Plakatständer keine zivilrechtliche Grundbenützungserlaubnis mehr erteilt hat.

Diese Regelung hat bei der letzten Nationalratswahl schon sehr gut funktioniert, das Stadtbild wurde in Salzburg dadurch sehr entlastet und die wahlwerbenden Parteien haben die fixen Werbeflächen der Außenwerbungsunternehmen genützt.

Wien lässt im Übrigen auch keine mobilen Ständer zu.

Auch Graz verfügt durch mehrere Anbieter über genügend private und behördlich genehmigte Werbeflächen aller gängigen Formate, um es politischen Parteien im Wahlkampf zu ermöglichen, ihre Botschaften im öffentlichen Raum zu platzieren.

Da in Graz die überwiegende Mehrheit der zusätzlichen mobilen Wahlplakate im Stadtgebiet von Graz auf öffentlichem Gut steht, benötigen die Parteien beziehungsweise die Außenwerkeunternehmen, die diese Ständer aufstellen, die privatrechtliche Genehmigung der Stadt Graz.

Namens der Grazer Volkspartei stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der ressortzuständige Stadtrat Mag. Mario Eustacchio wird ersucht, ab der dieser Bundespräsidentenwahl folgenden Wahl, also nach dem 4.12.2016, keine privatrechtlichen Genehmigungen mehr für die Errichtung mobiler Großplakate (16 beziehungsweise 24 Bogen) zu erteilen. Ich bitte um Unterstützung.

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Also, auch wenn ihr nicht damit gerechnet habt, dass Neuwahlen kommen, ihr habt zumindest gut spekuliert bei

Erstellung dieses Antrages. Insofern passt es natürlich schon auch etwas ins Bild, aber ich halte diesen dringlichen Antrag für höchst undemokratisch, wenn man sich das genau überlegt und mich wundert schon auch ein bisschen, dass dieser Antrag ausgerechnet von der sogenannten Wirtschaftspartei ÖVP gestellt wird. Weil dass das negative Auswirkungen auch auf die Wirtschaft, auf die Werbewirtschaft hat, das liegt ja auf der Hand. Und dass es noch dazu auch wettbewerbsverzerrend ist, ich glaube, das braucht nicht so viel komplizierte Gedankengänge, das ist auch klar auf der Hand liegend, weil wir haben in Graz die Firma Ankünder, wo ihr ja auch sehr gut hineinverbunden und vernetzt seid, völlig klar, die hauptsächlich natürlich mit feststehenden Werbeflächen arbeiten, aber wir haben auch den Ankünder, wo es eine Beteiligung gibt und zwar von der Deko, das heißt, der Ankünder ist auch privatwirtschaftlich tätig und wenn man ihn durch diese Art und Weise bevorzugt, dass man quasi die Konkurrenz mit diesen mobilen Flächen ausschaltet, dann ist das aus meiner Meinung heraus wettbewerbsverzerrend und dass das ausgerechnet von der ÖVP kommt, ok, muss man so hinnehmen. Es wird aber darüber hinaus auch der politische Wettbewerb blockiert, nennen wir es einmal so, denn wir wissen auch, wie beispielsweise der Ankünder, und das ist halt einmal der Platzhirsch in dieser Stadt, wie er dann auch mit unliebsamen politischen Gegnern umgeht, weil da kann es schon einmal passieren, dass es heißt, nein, dieses Plakat das nehmen wir nicht, das hängen wir nicht auf, das wird nicht affiziert und das ist auch, um was es wirklich geht nämlich den unliebsamen politischen Gegner da ein bisschen zu schwächen. Und mich wundert es schon, dass dieser Antrag ausgerechnet von der Partei kommt, die ja da, wenn man da schon von Fairnesspaket usw. reden, ja wenn ich an den Wahlkampf, an den Gemeinderatswahlkampf 2008 zurückerinnere, ja diejenige Partei war, die sich da, glaube ich, am meisten zuschulden kommen lassen hat, oder? Also die Justiz sieht das halt zumindest so und ich halte von diesem Fairnessabkommen überhaupt nichts, ihr probiert es halt jetzt so Schritt für Schritt, die einzelnen Punkte abzuarbeiten. Ich meine, da stehen ja auch solche eigenartigen Forderungen drinnen, wie dass die Agenturverträge dann offengelegt werden, die die einzelnen Parteien im Zuge des

Wahlkampfes... das würde euch so passen, damit die grüne Jugend und die kommunistische Jugend, so wie sie es bei unseren Sponsoren, bei diversen Veranstaltungen machen, dann vielleicht dort antanzen und Radau schlagen und Shitstorms über die Facebook-Seiten gehen lassen usw. (*Applaus FPÖ*). Das kommt für uns nicht in die Tüte, nicht in Frage, wir schließen, wenn dann so einen Fairnesspakt oder so einen Pakt, oder wie ihr das auch immer nennt, mit dem Bürger ab, der wird genauso erkennen, dass das eine durchsichtige Geschichte von euch ist und diese Demokratiebeschneidungsmaßnahmen werden wir nicht unterstützen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Danke Thomas, dass du diesen Antrag so eingebracht hast. Ich denke, wir haben in der Stadt genügend Werbeflächen, auch großformatige Werbeflächen, wo der Wähler darauf aufmerksam gemacht wird auf die Wahl und ich muss sagen, es ist wirklich extrem störend, gerade diese großen Flächen, ob man jetzt am Murofer entlang geht, es ist sogar auf Verkehrsinseln, auf schmalen Grasflächen, es ist meiner Meinung nach wirklich eine Zumutung und ich glaube, dass das auch mit ein Faktor ist, den die Bevölkerung eigentlich nicht möchte. Ich glaube, die Leute wissen ganz genau, wen sie wählen und sie kommen mit den vorhandenen Plakaten auch aus. Also wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag natürlich zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grossmann**: Danke, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Thomas! Vielen Dank für die Einbringung dieses Antrages, wir sind inhaltlich voll dabei. Es trifft ja nicht nur eine Partei, es trifft uns alle, brauchen wir uns nur zurückerinnern, also wieviel Plakatständer mit 16- und 24-Bogen-Plakaten aufgestellt gewesen sind von allen Parteien, wir waren zugepflastert und zubetoniert, man hat sich schon die Frage gestellt, ob der Straßenverkehr noch

sicher laufen darf. Also deshalb sind wir vollinhaltlich da dabei, haben das auch schon in der Klubobleutekonferenz gesagt. Ich bin aber trotzdem dem Armin für seine Wortmeldung sehr dankbar, denn ich war noch nie so nahe dabei, wenn Verschwörungstheorien entstehen. Danke, Armin (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. **Pacanda** zum Antrag: Da die Wahl in irgendeiner Art und Weise naht, haben wir uns auch Gedanken darüber gemacht, wie das für etwaige neue kleine kandidierenden Listen sein kann, das heißt Bürgerlisten. Erfahrungsgemäß ist es eine recht schwierige Geschichte, in der Öffentlichkeit dementsprechend auftreten zu können, deswegen hätten wir zu diesem Thema einen Zusatzantrag und zwar folgendermaßen: Und zwar, dass jede wahlwerbende Partei, Liste oder Gruppierungen bei den Gemeinderatswahlen, die in Graz antreten, ein gebührenfreies Kontingent von 10x Infostand, 10x Flyer und 10x Dreieckständer zur Verfügung gestellt werden soll, um eben, wie gesagt, auch kleineren Gruppierungen und Listen die Möglichkeit zu geben, in der Öffentlichkeit bei einer Wahl besser auftreten zu können. Dankeschön.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Herr Gemeinderat Pacanda, ich bin gerade aufmerksam gemacht worden von der Magistratsdirektion, dass der leider nicht zulässig ist, weil er budgetwirksam ist, weil sozusagen der Stadt Graz dadurch Einnahmen entgehen.

GR. **Pacanda**: Dann würde ich Rückfrage stellen, wenn die Aufstellung von Großplakaten wird ja auch irgendwie genehmigt, wird ja auch Gebühren in dem Sinn verrechnet, ist das dann nicht auch finanzwirksam?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Es geht um die Flächen, die die Verwaltung einnimmt bei der Stadt Graz, Verwaltungsgebühren bei Infoständen zum Beispiel.

GR. **Pacanda**: Ist nur eine Frage, vielleicht habe ich es auch falsch interpretiert. Aber wenn ich jetzt beantragen würde, ich möchte einen 16- oder 24-Bogen aufstellen im öffentlichen Raum der Stadt Graz, muss ich einen Antrag stellen, dementsprechend entstehen ja bei der Antragstellung muss ich ja auch was zahlen oder? Das heißt, das ist ja dann auch gebühren...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Ich kann jetzt mit dir keine Zusatz- und Antwortfragespiel machen, ich muss mich auf das, was die Magistratsdirektion mir gesagt hat, verlassen können.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt mit meiner Wortmeldung noch gewartet, bis der Kollege Pacanda seinen Zusatzantrag einbringt. Kann ich mich großteils dem anschließen, was schon gesagt wurde, nämlich, dass Graz eine sehr hohe Dichte an Plakatflächen hat, deshalb habe ich auch in der Wirtschaftskammer, und ich bin ja im Ausschuss Werbung und Marktkommunikation, noch nie eine Beschwerde gehört, dass es in Graz zu wenig

Plakatflächen gäbe. Also ich glaube, dass das nicht das Problem ist der Werbewirtschaft in der Steiermark und in Graz, dass es zuwenig Plakatflächen gäbe. Ich glaube, die reichen durchaus aus. Ausnahmsweise bin ich einer Meinung mit dem Herrn Kollegen Rajakovics, bedanke mich sehr herzlich für diesen dringlichen Antrag. Ich glaube, dass Graz da Vorbild ist und es wäre schön, wenn auch andere steirische Kommunen am Land diesem Vorbild folgen würden, das wir jetzt da machen und wir einfach da weniger mobile Plakatflächen hätten. Zum Zusatzantrag vom Philip, es gab da auch ein Vorgespräch mit unserem Klubobmann und vielleicht für einen zweiten Versuch zu dem Thema würde ich gerne sagen, wie unsere Position dazu ist. Also wir glauben, dass angesichts der Parteienförderung, die alle Parteien bekommen, ein weiteres gebührenfreies Kontingent, für was auch immer, nicht von Nöten wäre. Aber was wir uns schon vorstellen könnten ist, dass es so in die Richtung ein Angebot gibt für neue wahlwerbende Gruppen, aber so steht es auch nicht im Zusatzantrag und wenn du wieder einmal was machst in die Richtung, unterstützen wir das gerne, aber so wie es da jetzt steht, hätten wir es nicht unter Hinweis auf die ohnehin bestehende Parteienförderung nicht unterstützt. Wir werden auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Rajakovics:** Lieber Armin! Also wettbewerbsverzerrend ist es nicht bei gleich bestehenden Plakatflächen, die alle gleich buchen können, können alle gleich aufmerksam werden und ich glaube auch nicht, und das ist meine Überzeugung dahinter und jede Partei, weil du uns angesprochen hast, kann auch klüger werden. Ich glaube nicht, dass die Großplakate tatsächlich das sind, was heute die Wähler dazu bewegen. In erster Linie geht es schon, glaube ich, um Inhalte und die Arbeit, die man

über einen gewissen Zeitraum auch im direkten Kontakt mit ihnen macht, die sie dazu bewegen, dass sie zu einer Wahl gehen. Umgekehrt ist es aber, und weil du gerade von Fairness usw. gesprochen hast, habt ihr eure Ständer einfach stehen gelassen jetzt gegen die Bewilligung, es ist einfach außerhalb der Zeit stehen geblieben...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Ok, sind bewilligt? Jedenfalls stehen sie durchgehend wie auch immer, das Werbeunternehmen hat sie stehen gelassen und was damit passiert und wie es sich im Moment darstellen, ist alles andere als ein Genosse für eine Kulturstadt und für eine Weltkulturerbestadt, wo Gäste gerade im September, im Oktober usw. unterwegs sind, die sich manches Mal wirklich fragen, haben wir nicht einmal Ständer, die irgendwie zu diesem Weltkulturerbe passen? Die wissen ja nicht von unseren Spezialregelungen, wann Parteien und wie lange welche Flächen aufstellen können und das noch in einer Größenordnung, die wirklich unangenehm auffällt und deshalb danke allen, die das unterstützen und ich freue mich, dass wir uns im Gemeinderatswahlkampf, wann immer der sein wird, zumindest diese Flächen ersparen können (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

3) Rücknahme der Kürzungen bei der Wohnbeihilfe

GR. Mag. **Krotzer** stellt namens von KPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Ich darf zu einem Thema kommen, das uns hier schon zum dritten Mal beschäftigt und ich kann gleich ankündigen, wenn es hier zu keinen Verbesserungen kommt für die Betroffenen, dann wird uns das auch noch länger hier herinnen beschäftigen, weil das ein Thema ist, an dem man nicht vorbei kann, insbesondere die knapp 30.000 Betroffenen von der Kürzung der Wohnbeihilfe. Die steirische Landesregierung hat über den Sommer ja sehr drastische Einschnitte bei der Wohnbeihilfe durchgeführt, von denen auch tausende Menschen in der Stadt Graz betroffen sind. Man hat versucht, das vor der Sommerpause noch kurz durchzudrücken, mit 1. September die Zahlen einzusetzen und hoffen, dass das sang- und klanglos vorübergeht. Wir sorgen dafür, dass die Betroffenen nicht alleine dastehen, dass auch der Protest dagegen nicht verstummt. Die wesentlichen Verschlechterungen, die hier passieren, noch einmal zusammengefasst und in Erinnerung gerufen: Also, es ist mit dieser Kürzung der Wohnbeihilfe letztendlich mit der Abschaffung der Wohnbeihilfe und ihrer Ersetzung durch die wesentlich schlechtere Wohnunterstützung neu die Bezugsgrenze gesenkt worden, es werden nun der Unterhalt, die Alimente oder die Familienbeihilfe in die Berechnung einbezogen. Zur Familienbeihilfe eines von hunderten Beispielen, was das in der Praxis für Menschen ganz konkret bedeutet, das Beispiel einer Frau, die allein erziehende Mutter ist, zwei Kinder hat, mit der Einberechnung der Familienbeihilfe jetzt vom Vorjahr Wohnbeihilfe 169 Euro plötzlich nur mehr 14 Euro im Monat erhält. Hier wird Menschen ganz bewusst letztendlich die Möglichkeiten genommen, in ihrer Wohnung weiterleben zu können. Gleichzeitig, es wird jetzt die Alimente die erhalten wird, einberechnet, umgekehrt aber die Alimente, die bezahlt wird, wird nicht abgezogen und all das bedeutet natürlich enorme Verschlechterungen insbesondere für Haushalte, in denen Kinder leben. Noch ein Faktum dazu, auch das Einkommen von

Minderjährigen wird jetzt ab der Höhe ein Euro einberechnet. Vorher hat man zumindest noch die Grenze von 450 Euro gehabt, aber wenn in der Familie zum Beispiel die minderjährigen Kinder eine Lehre machen, wird nun auch die Lehrlingsentschädigung in das Haushaltseinkommen einberechnet.

All das hat schwer wiegende Auswirkungen auf die knapp 30.000 Bezieherinnen und Bezieher der Wohnbeihilfe. Egal, ob es hier um MindestpensionistInnen geht oder Invalidenrentner, ob Familien mit Kindern oder Alleinerziehende: In fast allen Fällen kommt es zu einer deutlichen Verringerung, wir haben hunderte Fälle davon durchgerechnet, es sind sehr viele Betroffene zu uns gekommen und für viele ist diese Regelung ein katastrophaler Zustand. Es kommt weiters dazu, dass jetzt eine sogenannte Vermögensobergrenze, und alleine der Begriff ist schon ein Zynismus, schlechthin eingeführt worden ist. Diese Vermögensobergrenze liegt bei sage und schreibe 4.189 Euro. Wer sich einen Notgroschen angespart hat, der darüber liegt, muss den aufbrauchen, um überhaupt erst zu einer Wohnbeihilfe zu kommen. Das was hier passiert, ist auch noch einmal ein Programm, also zusätzlich zu dem, dass man hier mehr Kinderarmut schafft, forciert man hier auch weiters noch Altersarmut. Und das betrifft nicht nur die sogenannte Vermögensobergrenze, auch für Autos ist es so, dass Menschen erst einmal nachweisen müssen, wenn sie im Besitz eines Autos sind, dass sie das aufgrund fehlender öffentlicher Verkehrsmittel oder aus Gründen von Krankheit, Behinderung oder Alter brauchen.

Weiters betroffen sind auch Studierende, nur mehr jene, wo die Eltern effektiv unter der Armutsgefährdung-Schwelle liegen, sind anspruchsberechtigt. Viele WGs sind so nicht mehr leistbar und damit abschließend zum Punkt zu kommen, was das auch für die Stadt Graz bedeutet: Mit dem Grazer Modell der Mietzinszahlung belastet es auch das Grazer Budget, weil so natürlich das, was die Menschen an Wohnbeihilfe verlieren, ersetzt werden muss. Und insofern gibt es unserer Meinung nach nur eine Lösung für dieses Problem, nämlich dass von dieser Wohnunterstützung abgerückt

wird durch die Landesregierung, die Wohnbeihilfe alt in ihrer Regelung wieder eingeführt wird.

Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen: Die Stadt Graz fordert die steirische Landesregierung auf, die Einschnitte durch die Einführung der sogenannten Wohnunterstützung, die tausende Grazer Bürgerinnen und Bürger finanziell zum Teil sehr hart treffen, zurückzunehmen und zum Modell der Wohnbeihilfe zurückzukehren. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Ribo** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Robert! Danke dir für deinen Antrag. Natürlich bekommst du von uns klare Zustimmung dazu. Wir haben bereits auf der Landesebene deutlich Kritik geäußert in dieser Angelegenheit und es ist auch wichtig, dass der Grazer Gemeinderat, also wir, uns auch klar und deutlich eben zu Wort melden. Vor allem in Graz ist es eben wichtig, dass man dieses Thema weiterhin bespielt, weil in Graz sind die Mieten wirklich sehr hoch und deswegen, ich rede jetzt aus Erfahrung, also wenn ich jetzt an KlientInnen in der Sachwalterschaft denke, es ist oft so, dass diese Menschen wirklich von Monat zu Monat diese Herausforderung auf sich nehmen, sich die Miete leisten zu können, und die Wohnbeihilfe war zum Teil ja eine kleine Unterstützung, die es irgendwie ermöglicht hat, dass man wirklich über die Runden kommt. Und wenn das jetzt auch wegfällt, also da stellt sich für mich schon die Frage, wer die Wohnbeihilfe da streicht und es ist eine Streichung, also es ist keine Novellierung, sondern es ist eine Streichung der bisherigen Wohnbeihilfe, das ist auch wichtig, dass man das klar und deutlich ausspricht. Dann streicht er eigentlich wirklich

an den Grundbedürfnissen der Menschen und deswegen von uns klare Zustimmung und wir werden das auch nicht so einfach hinnehmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Stöckler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Sitznachbar! Robert, ich meine, wie ich mir das durchgelesen habe, habe ich mir gedacht, irgendwie haben wir das schon am 22. September irgendwie diskutiert, da hat die Susi Bauer einen Antrag gestellt, der das Thema sehr gut thematisiert hat, da hast du dich auch zu Wort gemeldet. Da habe ich gemeint in dem Zusammenhang, also wir sind einmal einer Meinung, das ist ganz klar. Allerdings muss ich jetzt sagen, das kommt mir vor etwas wie ein Plagiat. Es war beim letzten Mal eindeutig von allen eine Zustimmung, ich weiß ehrlich gesagt jetzt nicht genau, was das jetzt noch soll. Wir wissen, dass das zu evaluieren ist, ich habe damals gesagt, kurz evaluieren, schnell novellieren, ich glaube, da stehen wir auch dazu, ich glaube, da sind wir auch mit den anderen Parteien, mit der SPÖ und mit der FPÖ d'accord, also ich verstehe die Zielrichtung nicht ganz, vielleicht schon im Wahlkampfmodus, keine Ahnung, aber jedenfalls werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt nicht zustimmen, nicht weil es nicht stimmt, da bin ich vollkommen bei dir, haben wir das letzte Mal auch geklärt, sondern ganz einfach deswegen, weil das schon thematisiert ist und ich glaube, alle Parteien schon auch im Land darauf hinarbeiten, dass das novelliert wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, lieber Robert! Der Peter hat ja schon einiges vorweggenommen. Wir haben das im letzten Gemeinderat bereits ausgiebig diskutiert und besprochen, da hat es den Antrag von der Kollegin Susi

Bauer gegeben und uns war wichtig, dass dieses sensible Thema weder populistisch noch so, dass man politische Kleingeld wechselt, sondern wir haben gesagt, wir setzen ein Zeichen, wir sind damit nicht einverstanden und was heißt das? Man muss nachschauen, wo gibt es die Härtefälle, wo kann man evaluieren und entsprechende Maßnahmen setzen. Wir haben auch den Härtefonds eingefordert, aber generell und pauschal alles anzuprangern, das ist keine seriöse Vorgangsweise. Wir haben gesagt, dieser Evaluierungsbericht sollte Details genauer anschauen, die Punkte, die du angesprochen hast, sollten auf Problemstellungen hinweisen und dann entsprechende Schwachstellen herausarbeiten und deshalb haben wir damals die Evaluierung beschlossen und deshalb lehnen wir jetzt heute den Antrag ab, ganz klar (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auch wir haben uns das letzte Mal Gedanken gemacht drüber und diesmal kommt dieser Antrag wieder. Wir können uns inhaltlich nicht damit einverstanden erklären und lehnen auch die Dringlichkeit ab. Abgesehen davon, dass sich der Antrag quasi wiederholt, der Kollege hat das schon vorweggenommen, wurde 1993 die Wohnbeihilfe für alle eingeführt unter Landesrat Schmied und das Gesetz ist sicher reformbedürftig gewesen. Im Ausschuss im Landtag ist die FPÖ mitgegangen, sie hat aber dann in der Abstimmung im Landtag sich dagegen ausgesprochen, weil hier genauso die Österreicher wieder benachteiligt werden. Es kann nicht sein, dass alle, die bei uns zuwandern, dann einen Antrag stellen können und hier daraus wieder Geld lukrieren für sich. Das ist einfach nicht richtig. Ich komme kurz, nachdem ich die Anfrage heute nicht mehr stellen konnte, weil die Zeit abgelaufen war, komme ich kurz nur anrissmäßig, war das das gleiche Thema, auf das zurück. Wir haben in unseren Gemeindebauten in den letzten acht Jahren mehr Konflikte, mehr Probleme gehabt aufgrund der Zuwanderung als in den letzten 30 Jahren zuvor, das ist Fakt, das kann man belegen, das wissen wir usw.

Wie gesagt, wir bleiben dabei und lehnen den Antrag in der Dringlichkeit als auch inhaltlich den Antrag ab (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer**: Ich fange gleich mit dem Letzten an. Was bei der FPÖ Fakten sind, das ist immer so eine Sache, aber ihr werdet das sicher alles einmal besser machen, bin ich überzeugt davon. Zum Kollegen Stöckler und auch zur SPÖ, warum der Antrag noch einmal kommt, wir haben ja im September schon einen Abänderungsantrag gemacht, der damals abgelehnt worden ist, der schon Selbiges besagt hat. Ihr könnt mich da schon abkanzeln ein bisschen väterlich, das halte ich aus, das ist mir so weit... vertrage ich. Ich würde euch nur eines empfehlen, macht das mit der Evaluierung sehr flott, wir haben in den letzten Wochen und Monaten hunderte Gespräche mit Menschen geführt zu der Thematik und die Leute, denen brennt das wirklich unter den Nägeln und die Leute sind auch tatsächlich stinksauer darüber und das verstehe ich auf jeden Fall. Und insofern hier diese Härten abzumildern, zurückzukommen zu einer guten oder besseren Lösung, weil sonst wird man sich am Ende sicher nicht wundern müssen, dass wenn man den Menschen die Wohnbeihilfe kürzt, dass sie dann entsprechend auch den Verantwortlichen die Mandate kürzen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Freiluft-Veranstaltungsplätze/Optimierung der Infrastruktur

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Zuschauertribüne! Nicht nur dieser Gemeinderat ist ein lebendiger Gemeinderat, auch die Stadt Graz ist eine sehr lebendige Stadt und fast das ganze Jahr über finden an verschiedensten Orten mehr Veranstaltungen und Konzerte, Feste usw. statt. Graz hat dafür auch überaus attraktive Orte, ich denke da nur an den Schloßberg, Augarten, Volksgarten, Lendplatz, Griesplatz, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wobei, wenn diese Veranstaltungen stattfinden, danach sehr oft die Rückmeldungen von den VeranstalterInnen kommen, dass die Infrastruktur an diesen Veranstaltungsorten höchst unterschiedlich ist und zum Teil leider mangelhaft. Und zwar in dem Sinne, dass an den beliebten Veranstaltungsorten teilweise der notwendige Strom fehlt, was dann dazu führt, dass der Strom mit Generatoren erzeugt werden muss und ich glaube, das wollen wir alle nicht, weil das bedeutet Lärmbelästigungen für die Anrainerinnen und Anrainer und Luftbelastung in unserer Stadt und ich glaube, diese Belastung ist ohnehin schon groß genug.

Mir ist jetzt schon klar, dass wir nicht an jeder potentielle Veranstaltungswiese, an jedem Veranstaltungsort jetzt gleich eine Starkstromleitung hinlegen können, aber ich glaube, es zahlt sich aus, dass wir uns Gedanken machen, einmal eine Ist-Erhebung zu machen, wo wir jetzt unsere Ausstattung schon dementsprechend haben und wo es sich auszahlen würde, entsprechende Ausstattung nachzurüsten. Und da denke ich vor

allem an den Strom, wie schon besprochen, oder auch an das Thema Wasser und Abwasser.

Und in dem Sinne, um es kurz zu machen, darf ich namens unserer Fraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen: Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden im Sinne des Motivenberichtes beauftragt zu erheben, was die bevorzugten Örtlichkeiten für Freiluftveranstaltungen in der Stadt Graz sind und wie diese jeweils infrastrukturell ausgestattet sind und ob und mit welchem Aufwand und mit welchen Kosten eine bessere infrastrukturelle Ausstattung, wie schon besprochen Wasser, Abwasser, Strom, umgesetzt werden könnte.

Dem Gemeinderat ist bis Februar kommenden Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, liebe Stadtregerungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Aus eigener Erfahrung kann ich diesen Antrag nur begrüßen, vielen Dank. Wie schon angesprochen, geht man nicht davon aus, dass jetzt jede kleine Fläche dahingehend ausgestattet wird, aber gerade dort, wo mehrere hundert Gäste zusammenkommen sollen, ist es wichtig, dass für eine gut durchzuführende Veranstaltung die Grundausrüstung vorhanden ist. Deswegen gibt es ja auch immer wieder nach Großveranstaltungen auch speziell auf Grünflächen Beanstandungen, dass diese Grünflächen einfach verwüstet sind und wenn man diese Grundausrüstung von Haus aus zur Verfügung stellen kann, dann kann man auch die Beschädigungen auf diesen Grünflächen etwas zurücknehmen. In diesem Sinne werden wir dieser Dringlichkeit und auch dem Inhalt unsere Stimme geben. Vielen Dank (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Krotzer**: Ich darf für die KPÖ sagen, dass wir dem Antrag sowohl in Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach zustimmen werden. Erlaube mir allerdings noch eine Anmerkung. Wo hier die SPÖ unterstreicht die Bedeutung der attraktiven Freiluftveranstaltungen in Graz, jetzt haben wir im September die Situation gehabt, dass im Bezirksrat Lend beschlossen worden ist, dass geplant ist ein Alkoholverbot in der Mariahilfer Straße, das ist von der ÖVP eingebracht worden, von der FPÖ unterstützt worden. Jetzt kann man sagen, na gut, die beiden Parteien haben irgendwie einen konservativeren Zugang, was das Leben in der Stadt Graz betrifft. Verwundert hat mich doch das Stimmverhalten der SPÖ im Bezirk Lend, die dem Ganzen mitzugestimmt hat, jetzt kann man natürlich einerseits sagen, mit solchen Verboten wird man natürlich auch soziale Probleme nicht lösen, also wenn es hier darum geht, dass man wohnungslose Menschen, wie soll man sagen, vertreiben will, dann kann man natürlich diese Loch-auf-Loch-zu-Politik machen, aber letztendlich muss uns klar sein, wir brauchen andere und zwar soziale Lösungen und nicht die Antwort auf Vertreibung. Das wundert mich ein bisschen bei der SPÖ und natürlich wäre das auch etwas, was attraktive Freiluftveranstaltungen, wenn ich jetzt um Beispiel an den „Lendwirbel“ denke, natürlich auch schwieriger macht. Also vielleicht hier auch noch einmal die Anregung an die SPÖ, darüber nachzudenken, ob man diesen Beschluss in Lend so aufrecht erhalten will. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. Mag. **Haßler**: Danke einmal, dass eine so große Mehrheit diesem Antrag zugestimmt hat. Ich hoffe, dass, nachdem die Periode jetzt ja zu Ende geht, dass der Antrag trotzdem weiterverfolgt wird, weil sonst muss ich ihn vielleicht noch einmal einbringen, aber ich gehe davon aus, nachdem wir alle gemeinsam in diese Richtung unterwegs sind, dass wir da das auch in dieser Zwischenzeit vielleicht sogar schon erledigen können. Zum Kollegen Krotzer kann ich nur sagen, dass ich die Situation in Lend und diesen Beschluss auch nicht persönlich kenne. Würde gerne die Gespräche dort auch mit den Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertretern und dann werden wir sehen, was der Hintergrund ist und was sich der Bezirksrat da überlegt hat. Aber die sind näher bei der Sache, aber ich rede gerne mit ihnen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

5) „Team-Österreich-Tafel“ – geplante Übersiedlung in die Lehargasse

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Besucher! Ich darf heute Sprachrohr der Bevölkerung, der Anrainer und der Nachbarn rund um die Lehargasse sein und ich möchte an dieser Stelle auch einige Betroffene, einige Bürger auf der Galerie recht herzlich begrüßen (*Applaus FPÖ*). Um was geht es? Es geht um die Übersiedlung der Team-Österreich-Tafel, ein soziales Projekt von Rotem Kreuz und Ö 3, von Liebenau nach Geidorf in die Lehargasse 1. Man muss dazusagen, auch der Standort in Liebenau war bisher nicht der optimale, das war das ehemalige Bezirksamt in der Liebenauer Hauptstraße. Ich möchte an den Beginn stellen, dass dieses Projekt nicht in Frage steht, nicht zu diskutieren ist, das ist ein gutes Projekt, das hilft auch bei der Armutsbekämpfung, das ist überhaupt kein Thema. Aber, und das ist

das Entscheidende, der Standort ist das Problem. Wir sprechen hier von einer gut bürgerlichen Wohngegend, von einer Situation, auch was die Straßensituation betrifft, was die Wohnhaussituation betrifft, wo es einfach nicht geeignet ist, um hier entsprechend so ein Projekt auch anzusiedeln. Wir reden da von einer Essensausgabe, die einmal in der Woche stattfindet, am Samstag am Nachmittag gegen Abend hin, wo 400 bis 500 Personen sich um Essen anstellen und mit Essen versorgt werden. Wir waren dort, wir haben uns das angesehen, wir haben einen Lokalausweis gemacht und wenn man sich das wirklich vor Augen führt, dann muss einem das sofort auch einleuchten, dass sich das nicht gut abspielen kann und ausgehen wird. Also ich kann Ihnen da wirklich ein heilloses Chaos in einer Gegend prophezeien, die dafür wirklich nicht geschaffen ist. Im Übrigen sieht das auch der ÖVP-Bezirksvorsteher in Geidorf so. Wir haben auch eine sehr fragwürdige, nennen wir es einmal so, Info-Politik auch im Vorfeld dieses Projektes erlebt, also das war in Wirklichkeit nicht in Ordnung seitens der Verantwortlichen, da hat es Anfang September eine schnell einberufene Sitzung gegeben, wo lediglich sechs Leute anwesend waren, weil die meisten Bürger rundherum nicht informiert waren. Es hat dann eine größere Versammlung am 19. September gegeben, wo dann auch eine breite Diskussion war, wo es aber neben dem Informationsgehalt durchaus auch ein paar kritische Anmerkungen zu geben bedarf, weil dort das Auftreten des ehemaligen Stadtrats Miedl ja, sagen wir einmal, zumindest sehr, sehr fragwürdig war. Er war dort in Funktion des Vereines, den er führt, aber er ist dort in Uniform aufgetreten und hat sehr rechthaberisch, sehr bestimmt auch auf die Leute eingewirkt, also so, wie sie es uns erzählt haben, war das auch durchaus einschüchternd zu verstehen und da frage ich mich schon, was der Herr Miedl in der Uniform dort tut und dann noch mit Rassismus-Keule bei Kritik herumschwingt (*Applaus FPÖ*). Also das ist etwas, was man schon hinterfragen sollte.

Aber gut, das ist nur am Rande. Wichtig sind die Argumente, die hier auch von den Bürgern vorgebracht werden, es steht sehr viel im Antrag drinnen, ich möchte ein paar hier zum Besten geben. Also das Hauptargument natürlich der Verkehr. Es handelt sich

um sehr, sehr enge Gassen. Wir wissen aus Erhebungen, auch aus Liebenau, dass 26 Prozent der Empfänger mit dem eigenen, also die, die das Essen bekommen, mit dem eigenen Pkw kommen, das heißt, wenn man sich die Situation dort anschaut, dann fragt man sich, wo sollen diese Pkw auch Platz finden? Dann werden wir ein Problem bekommen mit der Anlieferung. Das heißt, die Lkw oder die VW-Busse, was auch immer, wir reden ja von zehn Tonnen Lebensmittel, die da angebracht werden, die müssen, weil die Hugo-Schuchardt-Gasse da eine Einbahnstraße ist, dann vor der Lehargasse 1 wenden und wieder hinausfahren, also ein heilloses Chaos ist auch da programmiert.

Wir reden von der Lärmbelästigung bei 400 Fremden, die sich dort einfinden, die kommen ja nicht alle auf einmal oder werden nicht alle auf einmal mit Essen versorgt, sondern da werden sich Schlangen bilden, da werden sich Anhäufungen vor der Liegenschaft bilden, da will man das mit Lotsen irgendwie regeln, aber das bedeutet über mehrere Stunden natürlich sehr, sehr unangenehme Lärmbelästigung. Schon jetzt haben wir dort auch Asylwerber in der Unterkunft beziehungsweise in diesem Objekt vom Roten Kreuz in der Lehargasse 1, wo es ja auch die eine oder andere Problematik jetzt schon gibt. Das heißt, diese Probleme würden sich in jedem Fall auch potenzieren, wenn weitere hunderte Fremde auch zugegen sind.

Und dann müssen wir auch über die Sicherheitsproblematik reden. Das heißt, was passiert, wenn dort ein Brand auch entsteht, mit der Zufahrt der Einsatzfahrzeuge beispielsweise oder wie ist es auch, nachdem die Grundstücke nicht ausreichend gesichert sind, weil man auf das ja nicht vorbereitet sein kann, wie ist es dann mit der Sicherheitslage, wenn da wirklich 400 Leute in der Gasse stehen? Und dann, und das muss man auch sagen, und das ist auch das Letzte, was ich hier noch vorbringen möchte, das ist natürlich und das sagen auch Makler, dass das eine Wertminderung der Grundstücke und der Liegenschaften mit sich bringt und wir reden da von einem Viertel, wo wirklich auch Leistungsträger unsere Gesellschaft leben, die hart gearbeitet haben auch für ihren Wohlstand und da ist es nicht einzusehen, dass man dann einfach sozusagen willkürlich solche Dinge mitten hineinsetzt, sowas hat in einem

Industriegebiet zu sein, wo Zufahrten möglich sind, wo man das auch dann schön verteilen kann, aber nicht in solchen engen Lagen und in solchen Wohnvierteln, also das ist diesen Leistungsträgern der Gesellschaft gegenüber nicht fair (*Applaus FPÖ*).

Und deshalb bringe ich den

dringlichen Antrag

namens meiner Fraktion ein. Der Antragstext lautet:

Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird höflich ersucht, an die zuständigen Vertreter des Roten Kreuzes heranzutreten und die Bedenken der Stadt im Zusammenhang mit dem Standort Lehargasse zu kommunizieren. Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird darüber hinaus ersucht, im Zusammenwirken mit den Abteilungen der Stadt Graz geeignete Alternativstandorte für dieses Projekt zu finden. Auch von einem vorübergehenden Betrieb am Standort Lehargasse möge aus den genannten Gründen Abstand genommen werden.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Geschätzter Herr Gemeinderat, meine Damen und Herren! Ich darf mich auch namens meiner Fraktion gleich zu Wort melden, weil vieles, was der Herr Klubobmann jetzt gesagt hat, richtig war, aber ich schon auch einige Anmerkungen machen möchte. Im Jahr 2010 ist damals das Grazer Rote Kreuz an die Stadt Graz, in dem Fall an mich, herangetreten und hat gesagt, sie brauchen eine neue Unterkunft, eine neue Ausgabestelle, ob wir nicht was finden können. Gemeinsam mit Ö 3 wird diese großartige Einrichtung betrieben und man sollte da auch nicht nur davon schwärmen, es gibt dort auch Dinge, die problematisch sind. Als ich einmal die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die da ehrenamtlich wirklich eine großartige Arbeit leisten, einmal besucht habe, habe ich auch mitbekommen, wie sie sich darüber ärgern, dass es Menschen gibt, die sich dort Lebensmittel abholen und gleich dahinter, nach dem Haus, jene Lebensmittel, die sie im Paket mitbekommen haben, aussortieren und dort gleich in die Mülltonne schmeißen. Also ich will das nur einmal schildern, weil ich kenne diese Einrichtung gut und ich bin froh, dass wir in Graz eine solche Einrichtung haben. Das, was nicht funktionieren kann, ist, dass man de facto so gut wie niemanden informiert hat, weder die Stadt Graz noch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und dass man dann, ich sage einmal, überhaupt schnell eine Veranstaltung gemacht hat, indem, glaube ich, der ehemalige Stadtrat Werner Miedl über den Verein, den er ja im Sicherheitsbereich in der Stadt Graz betreibt, gebeten wurde, dort die Moderation zu machen. Aufgrund der Informationen hat unser ÖVP-Bezirksvorsteher sich dann auch erlaubt zu sagen, dass er dagegen ist, weil es sind genügend Gründe aufgezählt worden, dass das dort wirklich schlecht hinpasst und dann ist es interessanterweise ziemlich schnell laut geworden, vor allem bei den Medien. Und ich habe mich gerade bei einer Auslandsreise befunden, ich bin hinunterfahren nach Slowenien, unsere Gemeinde Ptuj/Pettau zu besuchen und höre im Radio, vor allem im österreichischen Radio, auf einmal, dass das unglaublich ist, dass ein ÖVP-Bezirksvorsteher in einer Menschenrechtsstadt hier dagegen sein kann, dass bedürftigen Menschen geholfen wird und das in einer ziemlich starken Ausprägung. Wir haben dann sofort auch mit dem ORF Kontakt aufgenommen und sind dort, Kollege Rajakovics hat telefoniert, weil ich gerade beim Bürgermeister war, gehört worden, das ist doch unglaublich, dass in einer Menschenrechtsstadt so etwas passiert. Der Kollege Thomas Rajakovics hat dann sofort gesagt, bremst euch bitte einmal ein, weil gerade im Bezirk Geidorf, um es den da auch geht, gibt es so viele Initiativen, so viele Räumlichkeiten, wo Menschen geholfen wird, dass man das weder auf einen Bezirk und schon gar nicht auf die Menschenrechtsstadt Graz so abwälzen kann und dass wir so negativ in die Schlagzeilen kommen. Und wenn du jetzt auch ein Sprachrohr bist und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die zum Ausdruck zu bringen, dann möchte ich

gleich sagen, der Inhalt ist richtig, die Straße und diese Location, wenn man so sagen darf, eignet sich nicht gut dafür und deswegen habe ich natürlich mit dem Kommandanten von Graz, mit dem Herrn Moser, schon Kontakt aufgenommen und er hat mir auch zugesagt, dass wir eine Alternative finden werden und dass es auch eine andere Nutzung im Bereich ihrer Gasse und Straße geben wird. Einen Mietvertrag haben sie schon unterzeichnet, aber all das, was da gesagt wird von Zufahrt, von Menschenansammlungen, von Problemstellungen, Ruhestörung und, und, und, wird es dort geben, wir werden einen Alternativstandort suchen und ich war eigentlich ein bisschen überrascht, wieso das Rote Kreuz nicht vorher wieder zu uns gekommen wäre, dann hätten wir uns wahrscheinlich eine solche Aufregung auch ersparen können. Also wir haben auch heute noch einmal telefoniert und es soll eine Alternative geben und die Alternative müssen wir erst suchen, deswegen ist Dringlichkeit und Inhalt richtig, wird auch meine Fraktion mittun und wir werden eine andere Lösung finden. Schade, dass es nur so weit gekommen ist, weil wenn du österreichweit im Radio hörst, in der Menschenrechtsstadt haben wir nichts übrig für Menschen, denen es schlechter geht, das war einfach keine Berichterstattung, so wie wir es uns in Graz verdient hätten, weil, noch einmal, das was da gemacht wird, auch von der größten Freiwilligen-Organisation, des Roten Kreuzes, in Europa, sollte uns nicht dazu veranlassen, auch solche Zeilen über das Rote Kreuz zu schreiben. Auch dort kann einmal ein Fehler passieren, aber das ist vielleicht auch für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner gut zu hören, dass wir nach der Alternative schon Ausschau halten (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Zuhörertribüne, die offensichtlich viele auch aus dem betroffenen Umfeld dieses Projektes kommen. Wie ich das erste Mal diesen Antrag gelesen habe, ist mir gleich einmal der heilige Florian eingefallen, das Floriani-

Prinzip, weil es schon so ist, und ich habe das jetzt vielfach in diesem Gemeinderat erlebt, dass derartige Einrichtungen im sozialen Bereich, egal wo man sie ansiedeln will, meist nicht auf ungeteilte Zustimmung in der Umgebung stoßen, sondern dass es dann bei den Anrainenden dort immer wieder zu einem Aufschrei kommt. Ich habe mir das Ganze angeschaut, es gibt in diesem Bereich natürlich Gründe, die berechtigt dafür sprechen, dass man sich das Ganze sehr, sehr gut anschaut, also der Herr Bürgermeister hat es schon ausgeführt auch und auch im Antrag ist es erwähnt mit der Situation, mit den engen Gassen usw. vor Ort, das ist ein Punkt, den man sich genau anschauen muss. Was mich schon stört ist, dass die FPÖ einfach immer noch populistisch mit all diesen Dingen umgeht, weil ich schon der festen Überzeugung bin, dass die Politik nicht Populismus immer auf die Fahnen heften soll, wir sind dazu da, sachliche, gerechte Lösungen zu finden. Und wenn wir über diese Lösungen nachdenken, und das habe ich auch schon einige Male erlebt, wenn es im Osten von Graz irgendein Projekt gibt, kommt der Aufschrei, ich erinnere auch an Andritz an die Situation damals dort mit dem Flüchtlingsheim, wo dann die Stadt das gekauft haben, um das zu verhindern und dann wird es dort verhindert und im Westen von Graz taucht es dann wieder auf. Also das darf es in diesem Fall auf keinen Fall geben und das werden wir uns auch sehr, sehr genau anschauen, wenn es zu einer Veränderung kommt, wo dieses Projekt dann wirklich stattfindet. Weil es gibt in Liebenau schon ein derartiges Projekt im Westen von Graz und es war auch die Intention des Roten Kreuzes, diese Aufgabe auch breiter über das Stadtgebiet zu verteilen. Also wir werden ganz genau hinsehen, wo das Ganze stattfindet und ob in diesem Bereich wieder nach dem Floriani-Prinzip sozusagen von Ost nach West verteilt wird. Ich möchte deshalb, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, wir werden zum Antrag jein sagen, jein insofern, dass wir einen Abänderungsantrag einbringen, den ich jetzt da verlesen darf. Ich stelle namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den Abänderungsantrag: Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, die zuständigen Abteilungen, und dabei federführend das Straßenamt, zu beauftragen, in Zusammenwirken mit dem Roten Kreuz und der Bezirksvorstehung Geidorf die

Einwendungen beziehungsweise Bedenken der anrainenden Bevölkerung betreffend die Situierung in der Lehargasse fachlich und sachlich überprüfen zu lassen und Verbesserungsmaßnahmen oder Alternativstandorte im Bezirk zu überlegen. Das wäre unser Abänderungsantrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie sicher nicht überraschen, dass wir diesem vorliegenden dringlichen Antrag nicht zustimmen können. Wie Sie alle wissen, rutschen immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze, vor allem Kinder sind davon betroffen. In Liebenau müssen die Personen, die um diese Pakete anstehen, in der Kälte warten im Freien, es wird von Woche zu Woche problematischer. In einer Halle wie in Geidorf bräuchten die Menschen nicht zu frieren und darum geht es natürlich. Wir dürfen nicht vergessen, der Weg in die Armut kann sehr schnell erfolgen. Spielsucht hat schon viele Existenzen ruiniert, Verlust des Arbeitsplatzes ist heute bei fast niemandem mehr auszuschließen, Scheidungen können dann die Folge sein, bei vielen Menschen treffen alle drei Problempunkte zu. Von vornherein Verbesserungsmaßnahmen sich zu überlegen, halten wir natürlich für sehr vernünftig, es würde an dieser Station in Geidorf Mobil-WCs brauchen, das ist klar. Es wäre wahrscheinlich auch ein gering höheres Müllaufkommen, das müsste natürlich am nächsten Tag beseitigt werden durch die Holding. Vielleicht wäre es auch möglich, aber davon hängen natürlich die Kapazitäten des Roten Kreuzes ab, ob es nicht mehrere Stationen in Graz geben könnte, zwei wurden jetzt bereits genannt, vielleicht könnte man mit drei oder vier Stationen, aber das kann natürlich nur das Rote Kreuz selbst erkennen, eine bessere Verteilung der Problematik über Graz erreichen und dann auch die Sorgen der Anrainer und Anrainerinnen vielleicht gar nicht erst aufkommen zu lassen. Wir werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich der Abänderung durch die SPÖ zustimmen, aber ich schließe nicht aus, dass es nicht dann vielleicht wieder ähnliche

Protestmaßnahmen, Protestäußerungen von Anrainern geben wird. Versuchen wir wirklich ernsthaft, das Problem nicht zu verdrängen, sondern gemeinsam zu bewältigen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte nicht alles wiederholen, was auch schon gesagt wurde, natürlich ist im Vorfeld das Thema Information problematisch gelaufen usw. Ich möchte trotzdem ein paar grundsätzliche Gedanken da herinnen anbringen rund um diese Debatte. Wir beschäftigen uns in den letzten Monaten verstärkt und in der gesellschaftlichen Entwicklung, in der wir uns befinden, mit der Frage, wie tragfähig unsere Stadtgesellschaft denn ist beziehungsweise sein kann. Deswegen war ich dann doch sehr verwundert, dass das Argument vom Herrn Sippel mit dem gutbürgerlichen Bezirk so stark betont wurde, weil nicht nachvollziehbar ist, warum ein gutbürgerlicher Bezirk nicht eigentlich auch eine bestimmte Tragfähigkeit mit sich bringen könnte, das vielleicht in anderen Gegenden etwas weniger leicht ist. Also diese Frage der Einteilung der Stadt in die besseren Wohlfühlbezirke und in die anderen, wo man sozusagen diese Problematik hin- und herschiebt und dass Armut ein hässliches Gesicht hat und Armut niemanden erfreut und Armut, wenn sie sichtbar wird, auch unangenehm ist, ist ein Faktum. Und der eigentliche Skandal hinter der Geschichte ist doch, wie viele Menschen, von wie vielen Menschen wir hier reden, die hier über diese Österreich-Tafel heute schon versorgt werden müssen, das ist der Grundskandal dahinter. Und über den wird gar nicht gesprochen, das erschüttert offensichtlich auch niemanden, aber wir reden darüber, dass eine gutbürgerliche Gesellschaft in dieser Stadt weniger aushalten kann als eine andere. Ich bin dafür, eine gute Lösung dort zu finden und ich denke, dass da noch einiges zu tun ist und der Bürgermeister hat schon angekündigt, dass entsprechende Gespräche stattfinden. Aber ganz grundsätzlich glaube ich, dass die Tragfähigkeit in unserer Stadt ganz viel davon abhängig sein wird, ob wir uns einteilen lassen und uns selber einteilen in Gegenden, wo wir mehr aushalten, wo wir

weniger aushalten. Diese solidarische Herangehensweise, die erwarte ich von uns, weil dazu hätten wir alle Voraussetzungen aus einer Stadt in einer doch immer noch sehr reichen und fetten Situation (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl** zum Antrag: Ich möchte zwei Anmerkungen noch machen, weil wir schon wieder was tun, was mir als Bürgermeister einfach überhaupt nicht gefällt. Ich habe gesagt, wir haben früher gehabt einen guten Osten und der schlechte Westen, ich habe gesagt, es soll heißen der gute Osten und der coole Westen. Und wir sollten anfangen, nicht uns, wie es oft in der Politik ist, auf der Europaebene für nicht solidarisch zu erklären und dann zu sagen, so das sind die Geidörfler und sonst was. Westen gegen Osten, all diese Dinge, bürgerlicher Bezirk, also wer in Geidorf wohnt, weiß, es ist ein bürgerlicher Bezirk, aber es ist auch mittlerweile der größte Studentenbezirk geworden, es gibt dort karitative Einrichtungen, ich will es nur in Erinnerung rufen, weil wir jetzt so tun, als wäre im Osten von Graz und in Geidorf das Thema Soziales ausgeklammert und die Bevölkerung, die dort wohnt, und so ist es auch im Radio drüber gekommen, wehrt sich quasi gegen Armut oder sie will sie gar nicht sehen. Wir haben dort von der Caritas die Zentrale mit den Cafés, mit den Bekleidungs Ausgaben, wir haben die „Brücke“ dort für Behinderte, man könnte viel aufzählen, aber wichtig ist, es wäre auch gar nicht heuer über die Bühne gegangen, weil es war eine erste Information, frühestens im März 2018 hätte das in Betrieb gehen sollen, auch auf die Wintergeschichte hin. Und das, was wir, glaube ich, dazusagen müssen, weil ja auch viele immer wieder sagen, die bösen Unternehmungen und die bösen Konzerne, diese ganzen Lebensmittel werden uns von den in Graz befindlichen Lebensmittelkonzernen zur Verfügung gestellt. Da steckt auch ein großer logistischer

Aufwand dahinter und ich glaube, dass wir eine solche Geschichte sowieso nicht damit lösen können, dass wir für Graz eine oder zwei solcher Ausgabestellen haben, sondern dass wir es vielleicht überhaupt einmal logistisch neu gewältigen sollen, weil es ist ein Riesenaufwand, das einzupacken, von A nach B zu führen und wieder retour, vielleicht fällt uns überhaupt ein neues Verteilsystem, auch unmittelbar bei Lebensmittelgeschäften etc. ein, dann hätten wir vielleicht gar nicht jeweils diese Diskussion, die aber auch verständlich ist. Ich glaube, wir müssen einfach darüber nachdenken, wie erreichen wir Menschen, denen es nicht gut geht und es macht für viele überhaupt keinen Sinn, die jetzt im Süden von Graz leben und auf solche Lebensmittel angewiesen sind, dann plötzlich bis Geidorf gehen oder fahren zu müssen und umgekehrt. Also wir schicken, wenn ich so sagen darf, die Armut durch die Stadt und deswegen sollte man überhaupt darüber nachdenken, ob das nicht überhaupt ein neues Logistiksystem könnte. Deswegen habe ich nicht nur Freude mit dem Abänderungsantrag, weil das sagt so ungefähr, ja die Geidörfler die müssen das jetzt aushalten, das halte ich für falsch, weil ich weiß noch nicht einmal, wo ich in Geidorf noch einmal eine Logistikmöglichkeit finden kann. Also mir wäre es lieber, wenn ich schon den Auftrag habe von Seiten des Gemeinderates, eine Lösung zu finden, dass man da durchaus neu darüber nachdenken können, ob es vielleicht mit den Handelsunternehmen auch anders ginge, weil dann brauchen wir das gar nicht hin- und herschicken. Vielleicht fällt uns was ein und ich bitte nur, dass man aufhören, unsere Bezirke gegeneinander auszuspielen. In jedem Bezirk wohnen großartige Menschen in unserer Stadt und davon sollte man ausgehen und wir sind Menschenrechtsstadt und es helfen so viele freiwillig mit, auf das sollten wir stolz sein und uns da nicht in die Haare kriegen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Ich möchte nichts wiederholen, was schon gesagt wurde. Nur bei dem letzten Gedanken von dir eben anknüpfen, den ich für richtig halte und ich möchte in

Erinnerung rufen, dazu nämlich hat es schon fertige Modelle und Überlegungen gegeben, das war damals unter der zuständigen Sozialstadträtin Elke Edlinger und meiner Person hat es da schon so ein Modellprojekt gegeben. Es ist leider dann halt, weil es Veränderungen gegeben hat, nicht mehr weiter zustande gekommen. Das wäre eigentlich überhaupt das Sinnvollste, dass man ganz offiziell auch als jemand, der kaum oder ganz wenig Mittel hat, in einem ganz normalen Lebensmittelgeschäft sozusagen einkaufen kann (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Kollege Haßler! Also wenn man den Betroffenen helfen kann so wie hier und heute und wir diese freudige Botschaft auch vom Bürgermeister vernehmen konnten, dass da ein alternativer Standort gesucht wird und der politische Druck, der letztendlich auch von den Anrainern aufgebaut wird, zum Erfolg führt, dann muss ich sagen, dann bin ich gerne ein Populist (*Applaus FPÖ*). Und wir werden diese freudige Nachricht aufnehmen, wir werden sie weitertragen und wir werden Sie aber auch beim Wort nehmen, nicht nur Sie, Herr Bürgermeister, sondern auch die Verantwortlichen des Roten Kreuzes, ich hoffe, dass das nicht so ein Vorwahlkampf war, Versprechen ist mit bedingtem Wahrheitsgehalt, sondern dass das auch wirklich ernst gemeint ist. Wir werden Sie gerne unterstützen, auch wenn es darum geht, Alternativstandorte zu suchen, ich bin überzeugt davon, es gibt genug in Graz und da brauchen wir uns nicht auf einen Bezirk wie Geidorf beschränken, weil das ist ja in Wirklichkeit dieses klare Nein, was ihr da jetzt gerade gesagt habt, das ist ja auch im Prinzip stur, wenn man sagt, das muss jetzt der Bezirk Geidorf sein, weil die Bürger dort die müssen das auch aushalten usw. Also davon halte ich gar nichts, wir sollten uns jetzt auf die Suche machen nach Alternativstandorten, wir sollten das ausschreiben, wir unterstützen da gerne und ich glaube, die Bevölkerung ist da wirklich sehr, sehr erleichtert und sehr, sehr dankbar, dass es jetzt, auch durch diesen Druck, zu diesem Ergebnis geführt hat und die Grünen und die Kommunisten die schaffen es

immer noch, auch wenn es schon quasi der Bürgermeister sagt, dass das jetzt quasi einer Lösung zugeführt wird, dass ihr dann noch immer herumörgelt, das verstehe ich überhaupt nicht. Eure Zwangsbeglückung, die ihr da über die Bezirke tragen wollt, nicht nur im Asylbereich, sondern auch in diesen Sachen, die ist ja wirklich nur schwer auszuhalten. Wir sind auf jeden Fall froh, dass der politische Druck zu einem tollen Ergebnis geführt hat und, lieber Herr Bürgermeister, wir werden dich beim Wort nehmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann, wie du weißt, kannst du das und ich begrüße nebst den Bewohnerinnen und Bewohnern auch unseren Bezirksvorsteher, der auch auf der Tribüne ist, herzlich willkommen, Gerd Wilfling (*allgemeiner Applaus*).

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Bauverfahren in Graz

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meinem Antrag geht es um die momentan zu lang gewordene Dauer der Bauverfahren in Graz. Die stark steigende Einwohnerzahl unserer Stadt hat natürlich ihre positiven Auswirkungen auf die Bauwirtschaft, nicht nur auf die Bauwirtschaft, sondern auf die Wirtschaft im Allgemeinen. Man könnte durchaus von einem kleinen Bau-Boom in unserer Stadt sprechen. Neben den gemeinnützigen Wohnbauträgern sind es hier natürlich auch private Investoren und Bauträger bis hin zum klassischen Eigenheimerrichter, die sich mit ihren Ansuchen an die Stadt Graz wenden, und die in der Hoffnung auf ein schlankes, unbürokratisches Genehmigungsverfahren jeweils auf baldigen Baubeginn hoffen. Und eben diese Hoffnung, die im sprichwörtlichen Sinne ja zuletzt stirbt, liegt bei zahlreichen Bauwerbern in den letzten Zügen. Lange Wartezeiten und leider mitunter auch übermäßig bürokratisches Vorgehen bedingen eine unverhältnismäßig lange Wartezeit betreffend die Durchführung von Bauverhandlungen beziehungsweise weiteren genehmigenden Verfahren.

Namhafte Vertreter der Grazer Wirtschaft, ihre Namen können der Tagespresse entnommen werden, durchwegs übrigens dem ÖVP-Lager zuzuordnen der Persönlichkeiten, monieren diesen Umstand seit längerer Zeit in öffentlichen Stellungnahmen beziehungsweise in entsprechenden Pressekonferenzen. Der Hauptkritikpunkt ist stets derselbe und wurde einleitend in diesem dringlichen Antrag bereits dargelegt. Der Wunsch nach rasch und unbürokratisch durchgeführten Bauverfahren gipfelte auch in einigen konkreten Vorschlägen seitens der Wirtschaftstreibenden. Demnach könne man sich durchaus vorstellen, die Bauabgabe für Projekte ab einer qualifizierten Größenordnung zu erhöhen, wobei die daraus generierten Mehreinnahmen in eine Aufstockung des Personalstandes im Baurechtsamt zu investieren wären. Eine solche Erhöhung würde vorwiegend die großen Anbieter treffen und somit auch zu keiner zusätzlichen Belastung für den sogenannten Einfamilienhaus-Errichter in eigener Sache führen.

Neben diesen personellen Themenstellungen gilt es natürlich auch, das juristische Regelwerk, wo notwendig, zu verschlanken und das organisatorische Zusammenwirken der einzelnen Behörden der Stadt Graz effizient zu gestalten.

Aus diesen vorgenannten Gründen ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Vizebürgermeisterin Elke Kahr werden höflich ersucht, in Absprache mit Vertretern der steirischen Wirtschaftskammer und Vertretern des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, GWV, Landesgruppe Steiermark, beziehungsweise im Zusammenwirken mit den zuständigen Abteilungen der Stadt Graz Möglichkeiten zu erörtern, die dazu geeignet sind, die in noch größerer Zahl als bisher zu erwartenden Bauverfahren in unserer Stadt in rechtlicher, bürokratischer und vor allem zeitlicher Dimension effizienter zu gestalten. Ein daraus resultierender Bericht möge dem Gemeinderat noch vor der kommenden Gemeinderatswahl vorerst zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eber** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Christoph, Antragsteller! Wir haben ja bereits im Vorfeld kurz darüber sprechen können und ich möchte jetzt zu einigen Punkten kurz etwas dazusagen. Zunächst ist es so, dass ich meine, dass dem Begehren das dem Antrag sozusagen zugrunde liegt nach einer rascheren Umsetzung von Bewilligungen bereits insoferne Rechnung getragen wurde, als dass es bereits in den

letzten Jahren eine spürbare Erhöhung des Personalstandes in der Bau- und Anlagenbehörde gegeben hat. Das wirkt sich natürlich dann auch aus auf die Dauer der Verfahren, die im Schnitt doch deutlich schneller abgewickelt werden können. Natürlich gibt es auch immer wieder Verfahren, die länger dauern, dauern können, das liegt aber nicht unbedingt immer an der Behörde, sondern oft auch daran, dass manche Verfahren halt sehr komplex sind. Zum anderen liegt es aber natürlich manches Mal auch an Bauwerbern, die ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen unbedingt verwirklicht sehen wollen, auch wenn sie baurechtlich nur sehr schwer oder manches Mal überhaupt nicht möglich sind, umgesetzt werden zu können. Die Baubehörde selbst jedenfalls steht jedem Bauwerber, egal ob Eigenheim oder Großinvestoren, für Informationsgespräche zur Verfügung und die Behörde macht selbstverständlich auch Vorschläge, wie ein Projekt zu gestalten oder gegebenenfalls umzugestalten ist, um bewilligungsfähig zu werden. Seit kurzem, seit knapp einem Jahr, gibt es auch den elektronischen Akt, der eine weitere wesentliche Verfahrensbeschleunigung bringt. Dabei gibt es auch als neuen und wirklich besonderen Service das sogenannte Aktentracking, wo der Bauwerber sich permanent informieren kann, online informieren kann, wo der Akt gerade ist, wer ihn bearbeitet, gegebenenfalls welche Gutachten, welche Unterlagen noch eingebracht werden müssen. Oftmals ist es natürlich auch so, dass Stellungnahmen oder auch Gutachten eingeholt werden müssen vom Stadtplanungsamt, da ist es tatsächlich so, dass es zu Verzögerungen kommt. Allerdings ist es so, dass gerade auch im Zusammenhang mit dem neuen Flächenwidmungsplan, der ja eine Ausweitung des Gebietes, wo Bebauungspläne notwendig sind, mit sich bringt und auch mit dem neuen räumlichen Leitbild werden hier mehr Gutachten zu machen sein, hier gibt es zumindest schon Gespräche, den Personalstand auch hier aufzustocken. Was die rechtliche Dimension anbelangt noch ganz kurz zwei Punkte: Erstens, das Problem ist, auch eine Erhöhung der Bauabgabe, so sehr wir diese begrüßen würden, weil sie wirklich schon sehr lange, ich glaube, seit Jahrzehnten schon nicht mehr erhöht worden ist, kann nicht für Personalmaßnahmen verwendet werden, weil sie nach dem Baugesetz für Infrastrukturmaßnahmen

verwendet werden muss. Und zweitens, die Kompetenz für die Änderung des Baugesetzes liegt beim Landesgesetzgeber, hier würden wir natürlich auch uns manche Änderungen wünschen, insbesondere was beispielsweise auch die Stärkung der Nachbarrechte anbelangt. Meines Erachtens ist daher der Antrag sowohl in seiner Dringlichkeit als auch inhaltlich abzulehnen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller! Es wurde vom Kollegen Manfred Eber die wesentlichen Argumente wurden vorgebracht. Personalpaket erfolgt, dieses Aktentracking, Output-Messungen finden statt, also eine Steigerung auch des Outputs gegeben, die Steigerungsrate liegt bei 20 % mehr Bescheide. Es ist richtig, dass auch diese pulsierende Stadt mehr Bauverfahren anhängig werden lässt und wir haben auch die Notwendigkeit, mehr Menschen wohnungsmäßig zu versorgen auch in der entsprechenden Qualität. Das heißt aber auch, dass die bestehende Wohnbevölkerung natürlich ebenfalls einen Anspruch hat auf ausgewogene Verfahren. Kollege Dreisiebner hat heute auch ausgeführt in einer Frage an die Frau Vizebürgermeisterin, wie vorgegangen wird bei Einwendungen von Anrainern. Es ist kein Widerspruch, aber ich möchte trotzdem deutlich sagen, wir müssen die Verfahren im Interesse der Rechte der Anrainer ordnungsgemäß durchführen, selbstverständlich so gut beschleunigen, wie es nur geht, da sind wir alle bemüht und da ist eben sehr viel gelungen. Aber auch die Bauqualität, du hast es mit den Bebauungsplänen, Manfred, angesprochen. Er fordert mehr Einsatz von Architektinnen und Architekten, das ist Bauqualität, auch auf diese Weise können wir diese Lebensqualität in Form einer entsprechenden Bauqualität in Graz sicherstellen, bei diesen zusätzlichen 3.000/4.000 Wohnungen, gilt es jährlich zusätzlich zu bauen. Es ist notwendig, dass wir hier für Qualität sorgen und bei dieser Gelegenheit möchte ich schon erwähnen, was auch vielen nicht so bewusst ist, Graz verfügt über zwei akademische Ausbildungsstätten für Architekten, nicht nur an der

TU Graz, ganz hervorragend über die Jahre auch an der FH Joanneum kann man Architektur studieren. Also, es wird notwendig sein, auch vermehrt auf dieses Potential zurückzugreifen im Amt, aber auch begegnen sie uns bei den Architekturbüros, die in Form von Wettbewerben und Workshop-Verfahren in diese Bauverfahren eingebunden sind. Also, wir haben keinen Zielkonflikt, denn wir lösen den auf, ich danke allen, die dazu beitragen und es gibt auch sehr selektive Informationsmöglichkeiten, wiederhole, durch das Aktentracking. Also wir sind gut am Weg, wir werden uns sehr bemühen und ich glaube daher aber, dass der Antrag gut gemeint ist, aber in Wirklichkeit sind wir auch gut und zielmäßig unterwegs. Danke, wir werden ihm daher so nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir werden diesem Antrag in der Form nicht zustimmen. Wieviel schon vorhin ausgeführt worden ist, dass ich alles grosso modo voll und ganz unterstützen kann, geht es hier um Qualitäten, die gewahrt werden müssen einerseits und andererseits natürlich auch um Bemühungen, dass man in der Behörde selbst gewisse Dinge schneller und mit weniger Reibungsverlusten hinbekommen. Das Zweite ist ja am Weg, wie es ausgeführt worden ist und wird auch personell dementsprechend verbessert, ich danke auch für den Hinweis, dass man die Bauabgabe für Infrastruktur, die auch hochnotwendig ist, in dieser Stadt weiter zu errichten, weiter auszubauen, Stichwort Straßenbahn. Der Hinweis auf meine Frage in der Fragestunde, für den bin ich auch dankbar, wir stehen natürlich in den divergierenden Interessen, dass der Bauwerber kleinerer, größerer BauwerberIn natürlich Interesse an einem schnellen Verfahren hat, aber andererseits gibt es drum rum die Öffentlichkeit die NachbarInnenschaft, die gerade in einer dichten und immer dichter werdenden Stadt ja hoffentlich auch das Anrecht auf qualitative Bescheide und Entschlüsse hat. Deswegen sind wir auch für mehr Bebauungsplanpflichten und ich bin auch froh, dass das die meisten Fraktionen

hier wohl auch so sehen, was den nächsten Fläwi betrifft. Nicht die Schnelligkeit alleine kann entscheidend sein, sondern eben die Qualität beziehungsweise eine gute Kombination aus beidem. Schlussendlich mag ich schon noch eines an den Antragsteller, Kollegen Hötzl, sagen, man könnte über das alles schon noch reden, aber wenn ich mir dann den Antrag selber anschau, den Motivenbericht anschau und es geht eigentlich nur um einzelne Lobbys, die hier mit ins Boot genommen werden sollen, um einen dementsprechenden Bericht an den Gemeinderat zu verfassen und andere, ich rede gar nicht von BürgerInneninitiativen, aber viele, viele andere Menschengruppen, die hier auch Interessenslagen natürlich haben, außen vor bleiben sollen, ja dann ist es für mich, weiß ich nicht, einfach so nicht mehr akzeptabel, weil das nur einer Intention nachkommt, die verständlich ist, die legitim ist, nämlich zu bauen, Geld zu verdienen usw., aber nichts oder wenig mit der qualitätsvollen Entwicklung unserer Stadt zu tun hat. Wir können dem weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grossmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist schon sehr viel Wichtiges gesagt worden und ich glaube, Peter Piffli-Percevic hat das ausgeführt und auch der Karl Dreisiebner hat das ausgeführt. Das war auch bei uns eine Überlegung, geht es hier um die Frage, wollen wir Bauqualität zurücknehmen und geht es um die Frage, wollen wir beschleunigen sozusagen auf Kosten von BürgerInnenbeteiligung? Du hast es sehr intensiv ausgeführt, also wir sind immer schon dafür eingetreten, dass Bebauungspläne ein sinnvolles Planungsinstrument für eine sich so stark entwickelnde Stadt ist. In den Gesprächen ist also klar geworden, dass es nicht darum geht, Bauqualität zurückzunehmen, sondern dass es darum geht, ein Zeichen zu setzen und unter diesem Aspekt werden wir der Dringlichkeit dieses Antrages auch unsere Zustimmung geben, ein Zeichen zu setzen, dass wir als Stadt Graz bemüht sind, intensiv bemüht sind, Optimierungen

vorzunehmen. Aber mir ist es ganz wichtig festzulegen, dass Bauqualität als solches nicht beeinträchtigt werden darf und dass der Prozess, den wir mit dem Bebauungsplan initiieren, nämlich auch eine umfassende BürgerInnenbeteiligung in der Ausformulierung von Bauqualität, dass das für uns ganz wichtig ist und auch in Zukunft so beibehalten sein muss, deshalb sind wir in jeder Frage des Flächenwidmungsplanes auch für die Ausweitung der Bebauungsplanpflicht gewesen. Aber als Zeichen der Optimierung, dass wir es wollen, dass optimiert wird in unserer Stadt und dass Bauverfahren optimal und damit auch zeitgerecht abgewickelt werden, gibt es die Zustimmung zu diesem Antrag von uns (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte dem Antragsteller nur zwei Dinge sagen. Es ist schon immer wieder spannend, dass die Grazerinnen und Grazer uns mittlerweile sagen, der Bauboom in unserer Stadt geht so schnell voran und dann auf der anderen Seite vier namhafte Vertreter in einer Tageszeitung dann oder bei einer Pressekonferenz auftreten, wovon zwei davon, wenn man es genau gelesen hat, sich von den anderen beiden distanziert haben. Ich sage das dazu, da gibt es ein paar Herrschaften, die sagen, da machen wir noch mehr Druck, dass es noch schneller geht. Und sie vergessen ganz auf all das, was jetzt gesagt worden ist im Sinne von, dass es auch Nachbarrechte gibt, dass man auf Umweltschutz usw. schauen müssen, weil dieser Antrag halt von der freiheitlichen Partei kommt, möchte ich auch anmerken, weil ich in sehr, sehr viele Bauverfahren, eigentlich in alle, auch mit involviert bin, die größten Probleme, die momentan die großen Bauwerber sehen, kommen meistens aus der Verkehrsabteilung. Im Moment haben wir heftige Diskussionen und die größten Beschwerden dieser Bauvertreter höre ich im Übrigen aus der Verkehrsecke und nicht aus der Behörde, weil da sind wir um vieles schneller geworden. Dort haben wir einen gläsernen Akt eingeführt, da sind sie eh zufrieden. In der Planungsabteilung geht es darum, noch ein paar Personen aufzunehmen mit der Baudirektion, das ist im Laufen

und ich habe mich schon sehr gewundert, Sie waren ja schon einmal bei mir, dass Sie es auch nicht lassen können. Ich kann nur sagen, im vergangenen Jahr wurden in Graz über 3.000 Baubescheide ausgestellt, in den letzten vier Jahren wurden in Graz 17.500 Wohnungen gebaut und ich glaube, dass das momentan kein wirklich richtiger Kritikpunkt ist, dass sich zwei Herrschaften im Besonderen profilieren wollen und das Gespräch hat es vorher schon gegeben. Wir werden es natürlich auch abwickeln, dass wir noch mehr Personal bekommen, aber nicht vergessen, unsere jetzige Planungsmannschaften, die wir haben, von der Baudirektion bis hinunter haben nebenbei so Kleinigkeiten wie einen Bebauungsplan nach dem anderen, haben nebenbei die Kleinigkeit von einem Stadtentwicklungskonzept, von einem Flächenwidmungsplan wieder mit 1.400 Einwendungen, dass in einem solchen Zeitraum vielleicht nicht alles ganz so gut funktioniert wie sonst, möchte ich da auch einmal... und ein Dankeschön an alle, die bei uns im Baubereich mitarbeiten, das möchte ich da einmal aussprechen, weil das ist eine Belastung, die geht weit über das normale Arbeitsausmaß hinaus und auch die Heftigkeit, mit der um Bauprojekte immer gerungen wird, nagt sehr, wenn ich so sagen darf, an der Kraft unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. **Hötzl**: Danke zuerst einmal, ich weiß schon, der Antrag wird nicht durchgehen, aber ich merke schon, dass überall der Wille da ist oder zumindest, dass das Bewusstsein da ist, dass da was gemacht gehört und dass dort anscheinend eh gearbeitet wird. Das eine, was ich nicht ganz verstanden habe, Herr Bürgermeister, wie Sie gesagt haben, das meiste steckt beim oder die meisten Probleme stecken beim Verkehr, also ich rede mit sehr vielen Personen aus der Baubranche, weil ich ursprünglich aus der Baubranche komme, Verkehr habe ich nahezu noch nie gehört, muss ich auch dazusagen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir nehmen dich mit.

GR. **Hötzl:** Können wir gerne machen, aber wenn ihr mit Architekten, mit Bauträgern, mit Investoren redet, ich wollte es nicht so in den Antrag reinschreiben, weil das Bauamt funktioniert super, danke an die Verena Ennemoser in dem Punkt, schade, dass sie weggeht, die Stadtplanung ist das Problem. Ich glaube, das ist ein offenes Geheimnis, wo auch das Bewusstsein bei uns allen da ist, egal, aber ich nehme es zur Kenntnis, dass der Wille da ist, dass da was weitergemacht wird. Danke an die SPÖ, offenbar die neue Wirtschaftspartei, weil von der ÖVP ist da leider nur von Wohnungen geredet worden, es gibt auch Gewerbebauten, auch wenn Wohnungen gebaut werden, ist ja ein gewisser Wirtschaftsfaktor dabei. Ich bringe heute einen dringlichen Antrag ein, der wirklich wunderbar und ein politischer harmloser Antrag ist, der eigentlich einzig und alleine bestehende Situationen verbessern soll. Wir haben kurz geredet vorher, Peter Piffl, ich frage mich, wo ist die Wirtschaftsstimme der ÖVP? Da ist leider wieder einmal, wie so oft oder wie eigentlich noch nie irgendwas gekommen. Vertreter des Wirtschaftsbundes leiden unter den erwähnten Situationen, die Vertreter, die ich Ihnen vorher genannt habe, sind allesamt Wirtschaftsbündler gewesen, also namhaft, nicht irgendwelche Kleinunternehmer, sondern wirklich Player, die da in Graz da quasi das Feld bespielen sozusagen. Wir haben auch einen Vertreter vom Wirtschaftsbund dort, die Daniela Gmeinbauer in der Wirtschaftskammer, du weißt das, in der letzten Regionalstellensitzung war das ein großes Thema, da war deine Stimme eine völlig andere wie die des Peter Piffl heute. Schade, dass du dich nicht gemeldet hast, aber offenbar ist das Thema zu wenig wichtig, um das Ganze von der Wirtschaftsseite zu betrachten. Schade, ich kann nur sagen, schade, dass der Antrag nicht durchgeht, aber ich nehme zur Kenntnis, dass der Wille dahinter ist und das hoffentlich was weitergehen wird. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Und genau um das geht es, dass hoffentlich was weitergehen wird. Das was in dieser Stadt weitergeht, ist unglaublich und es ist, wenn ich so sagen darf, ein Angriff auf unsere Damen und Herren, die in den Abteilungen ihr Bestes geben. Und jetzt sage ich das auch noch einmal dazu, auch eine Planungsabteilung hat nicht nur darauf zu achten, das was schnell über die Bühne geht, wir wollen eine Qualität haben in unserer Stadt und da braucht so etwas, wenn ich so sagen darf, es braucht auch dort sehr oft ein Nein und es braucht auch dort sehr oft bei einem Bauwerber zu sagen, in der Form geht das nicht, noch einmal zurück zum Start. Wenn wir das nur mit Geschwindigkeit ersetzen wollen, machen wir was falsch und das kann ich liebend gerne mit den beiden Vertretern, die ich jetzt im Speziellen meine und wo es aus meiner Sicht ein bisschen um Profilierungssucht gegangen ist und das halte ich aus, mit denen auch gerne besprechen und ich kann Ihnen nur sagen, dass ich zu vielen Eröffnungen komme und es geht nicht nur um Wohnbauten, oft um unternehmerische Bauten und wir werden dort fast nicht mehr kritisiert, sondern wir werden dort gelobt dafür, wie in Graz professionell und schnell gearbeitet wird. Also deswegen sage ich, weil zwei Herrschaften dort gesagt haben, es muss schneller gehen, mit denen setze ich mich gerne noch einmal zusammen, ich sage es ihnen auch selber sehr deutlich. Ich halte das für Profilierungssucht, entspricht aber nicht den Tatsachen der Landeshauptstadt Graz (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Abhaltung einer Volksbefragung nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Wir haben ja gestern und in den letzten Tagen intensiv zum Thema Volksbefragung zur Murstaustufe in Graz diskutiert. Ich möchte heute hier im Gemeinderat einen Versuch machen, dass wir trotzdem noch zu einer Volksbefragung zu einem Thema kommen, nämlich auch aus dem Grund, dass es uns allen Klarheit geben würde. Das ist ein Hintergrund von meinem dringlichen Antrag, den ich auch erwähnen möchte, wenngleich ich sagen möchte, dass ich mich natürlich auch als Sprecherin für BürgerInnenbeteiligung den über 10.000 Grazerinnen und Grazern verpflichtet habe, die sich für die Abhaltung einer Volksbefragung eingesetzt haben. Die BürgerInneninitiative „Rettet die Mur“ hat 2011 damit begonnen, Unterschriften für die Abhaltung einer Volksbefragung zu sammeln und zwar nachdem sie die Rechtsmeinung der Stadt Graz eingeholt hat und die Zulässigkeit der gewählten Fragestellung seitens der Präsidiabteilung der Stadt Graz bestätigt wurde. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch beim Herrn Magistratsdirektor dafür bedanken, dass er das gestern in der Pressekonferenz gesagt hat und bestätigt hat, dass das so war und dass das eine zulässige Fragestellung war, danke vielmals. In den darauffolgenden Jahren wurden über 16.000 Unterschriften für die Abhaltung einer Volksbefragung gesammelt und alle, die schon einmal probiert haben, Unterschriften zu sammeln, die wissen, dass das manches Mal auch ziemlich anstrengend ist, dass das viel Arbeit, Engagement und Zeit bedarf.

Nun ist es so, dass diese Unterschriften abgegeben wurden, dass die notwendige Unterschriftenzahl erreicht wurde und dass es jetzt seitens der Stadt Graz die Rechtsansicht gibt, dass die Fragestellung aufgrund der Judikatur des

Verfassungsgerichtshofes nicht zulässig sei und daher alle gesammelten Unterschriften und damit die Arbeit von vielen Grazerinnen und Grazern umsonst war. Wir als GemeinderätInnen haben heute die Möglichkeit, trotzdem eine Volksbefragung gemäß dem Text dieses dringlichen Antrages auf den Weg zu bringen. Wir haben damit auch die Möglichkeit zu zeigen, dass uns BürgerInnenbeteiligung, dass uns direkte Demokratie, dass uns aktive BürgerInnen am Herzen liegen und wenn wir von BürgerInnenbeteiligung sprechen, dass das nicht nur reine Sonntagsreden sind.

Als eines der Hauptargumente, warum die Volksbefragung nun unzulässig sei, wurde vom Herrn Bürgermeister des Öfteren der Zeitpunkt der Einreichung angeführt und zwar deshalb, weil alle Entscheidungen schon gefallen seien. Das können wir nicht nachvollziehen. Es gibt zwar eine Entscheidung der Stadt Graz, eine mehrheitliche, über den zentralen Speicherkanal, es gibt einen Kooperationsvertrag mit der Murkraftwerk Graz Errichtungs- und Betriebs GmbH, es gibt in diesem Kooperationsvertrag allerdings auch eine Kündigungsfrist mit 31.12.2016, so bis dahin kein bestätigender Baubeschluss gefasst wurde.

Ich möchte noch einmal zusammenfassen, dass es bis heute keine Entscheidung der Wien-Energie gibt, die immerhin 50%-Investor dieses Projektes ist, das Wasserrechtsverfahren zum zentralen Speicherkanal ist nicht abgeschlossen, ich habe vor kurzem den Anwaltsbrief gesehen, wo er die BeschwerdeführerInnen darauf hinweist, dass sie bis 9. November 2016 Berufung einlegen können. Die artenschutzrechtliche Prüfung ist nicht abgeschlossen, das kann auch ein längeres Verfahren noch werden, also es stimmt einfach nicht, dass alle Entscheidungen gefallen sind.

Ich möchte aber auch was dazu sagen zu der Kritik, warum jetzt einreichen. Es war so, dass im Frühjahr der Verbund aus dem Projekt ausgestiegen ist und zwar aufgrund der fehlenden wirtschaftlichen Darstellbarkeit. Ich war persönlich mit NGO-Vertretern in der Energie Steiermark, wir haben dort intensiv über das Thema Wirtschaftlichkeit diskutiert und wir hatten nicht den Eindruck, dass das eine einfache Entscheidung ist. Deshalb hat „Rettet die Mur“ dann die Entscheidung getroffen, auf den Zeitpunkt zu

warten, wo die Energie Steiermark wirklich einen Investitionsbeschluss fasst, einfach weil das ein sehr unwahrscheinliches Szenario war nach den Gesprächen in der Energie Steiermark und am Tag, nachdem die Energie Steiermark diesen Investitionsbeschluss gefasst hat, der übrigens ein bedingter ist, nämlich unabhängig davon, dass die Energie Graz und die Wien Energie einsteigen, am Tag danach wurden die Unterschriften abgegeben. Also ich möchte einfach diese Kritik, dass das so ein später Zeitpunkt sei, nicht im Raum stehen lassen. Wie ich schon gesagt habe, hätten wir jetzt als Gemeinderat aufgrund dieses dringlichen Antrages die Möglichkeit, die Volksbefragung auf den Weg zu bringen. Wir haben es in der Hand, vielen Grazerinnen und Grazern doch noch eine Volksbefragung zu ermöglichen.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Präsidialabteilung mit der Erarbeitung einer zulässigen Fragestellung für eine Volksbefragung zur Mur-Staustufe Graz im Sinne des Motivenberichtes beziehungsweise des Punktes 2 des dringlichen Antrags.
2. Die Fragestellung kann unter anderem darauf abzielen, dass die Stadt Graz von ihrer Möglichkeit einer Kündigung des mit der Murkraftwerk Graz Errichtungs- und BetriebsgmbH abgeschlossenen Kooperationsvertrages Gebrauch machen soll, sollte die MKG bis zum 31.12.2016 keinen die Ausführung des Vorhabens bestätigenden Baubeschluss fassen.
3. Die Fragestellung für die Durchführung einer Volksbefragung ist dem Gemeinderat bis zu seiner nächsten Sitzung am 17. November 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen, weil er eine abenteuerliche Rechtsakrobatik beinhaltet, also das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es ist natürlich das Thema Nummer eins dieser Tage, keine Frage, wir haben, der Herr Bürgermeister hat es dann schon angesprochen, den Bescheid auch zur erledigen im nicht öffentlichen Teil, aber ich möchte trotzdem hier auf die Ereignisse der letzten Stunden und Tage ein bisschen eingehen und möchte zu Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der KPÖ und der Grünen, sagen, dass Sie sich mit ihrem Verhalten in Wirklichkeit, mit Ihrer Politik über den Rechtsstaat erheben. In diesem Falle, und da geht es um diesen Bescheid, hat der Gemeinderat als Organ zu handeln und er hat die Pflicht, weil wir sind darauf auch angelobt, hier diesen Bescheid entsprechend zu akzeptieren und nichts anderes und Sie machen Politik und erheben sich über den Rechtsstaat und das ist aus unserer Sicht ein Skandal (*Applaus FPÖ*). Was ich heute und auch in den letzten Stunden hier erlebt habe, die Inszenierung mit Ihren Parteigängern, das spottet ja auch jeder Beschreibung. Ich meine, heute sind sie draußen gestanden, mein Postfach ist überschwemmt worden mit Spams von Aktivisten, die auch auf falsche Spuren geleitet worden sind von Ihnen, weil Sie in Wirklichkeit auch zu Amtsmissbrauch auffordern, wenn man es ganz genau nimmt, aber diese Inszenierung, die hat mit Gemeinderatskollegen getroffen, das ist schon sehr, sehr einschüchternd was da passiert heute auch im Eingangsbereich. Ich meine, wir Freiheitliche sind das gewohnt, bei unseren Veranstaltungen werden immer wieder Einschüchterungsversuche getätigt. Da kommen ja Ihre Jugendorganisationen, die kommunistische Jugend oder auch die grüne Jugend, und versucht, unsere Veranstaltungen zu torpedieren, wir kennen das schon. Und ein Kollege, der da auch einschlägige Erfahrungen bei FPÖ-Veranstaltungen gemacht hat, steht ja heute auch auf der Tribüne oben, aber egal, das ist einfach ein Schauspiel, das hier abgezogen wird, das ist diesem Gremium, diesem Gemeinderat nicht würdig. Und ich sage Ihnen noch was, es geht Ihnen nicht ums Kraftwerk, weil sonst hätten Sie schon früher Ihre Unterschriften eingebracht. Ihnen

geht es einzig und allein um ein Vorwahlkampfgeplänkel und um Klientelpolitik. Sie wollen von den wahren Problemen in dieser Stadt ablenken, das ist halt einmal die Zuwanderung, das sind die sozialen Probleme, das sind die Probleme am Arbeitsmarkt, davon wollen Sie mit diesem Thema ablenken. Deswegen inszenieren Sie sich so und deswegen brechen Sie auch eine Neuwahl vom Zaum, jetzt reden wir es einmal aus, das ist ja das, was über dieser Sitzung schon den ganzen Tag schwebt und um das geht es. Und ich sage, ich bin froh, dass es jetzt dann bald zu einer Volksbefragung kommen wird, nämlich zur wichtigsten Volksbefragung in dieser Stadt, zur Gemeinderatswahl und da werden die Bürger endlich auch entscheiden, wie die Mehrheiten in Zukunft da im Gemeinderat ausschauen und ich habe eine Hoffnung, dass die Bürger auch sich so entscheiden werden, dass sie diese Politiker stärken, die sich nach Recht und Gesetz hier auch verhalten, die ihre Angelobung, die sie am Anfang dieser Periode geleistet haben, auch gerecht werden und sich nicht hier über den Rechtsstaat erheben und in Wirklichkeit den Rechtsstaat torpedieren (*Applaus FPÖ*) und diese Politiker hat sich Graz verdient und weil die Redezeit schon vorüber ist, eine Minute aufgrund der Brisanz nehme ich mir noch heraus. Wir sollten auch einmal reden über Gremium wie den Bürgerbeteiligungsbeirat, wie komme ich dazu als Gemeinderat, dass ich von so einem Gremium, von einem städtischen Gremium, ich hätte fast gesagt, angetrotzt, genötigt werde, Amtsmissbrauch zu begehen. Da können wir dann nach der Wahl wirklich einmal darüber reden, ob diese Gremien, diese Beiräte noch sinn- und zweckmäßig sind, weil wie komme ich als Politiker, wie kommt meine Fraktion dazu, uns so etwas ausrichten zu lassen dann über die Medien, auch durch persönliche Stellungnahmen, durch E-Mails, also ich finde das in Wirklichkeit unerhört und das ist einfach das, was ich hier sagen wollte. Meine Interpretation des Ganzen ist die, dass die Betreiber in Wirklichkeit Rechtsansprüche bereits geltend machen können, dass wir verpflichtet sind, auch so zu handeln, dass diese Volksbefragung in dieser Form von der Magistratsdirektion, von der Präsidialabteilung abgelehnt worden ist. Wir haben uns als Gemeinderat, als Organ daran zu halten und diese politischen Schauspiele sind

diesem Hause unwürdig. Das ist meine Stellungnahme zu diesem Thema und ich hoffe, dass dieser Antrag, diese Rechtsakrobatik nicht durchgeht (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Berichtigung: Lieber Herr Kollege Sippel, Sie haben Ihre Rede zum falschen Zeitpunkt gehalten. Hier geht es nicht um einen Bescheid, hier geht es nicht um Rechtsstaat, hier kann es auch nicht um Amtsmissbrauch...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Aber es hängt damit zusammen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Es hängt damit zusammen, wir wollen auch trennen gewisse Dinge. Also hier geht es um einen Antrag, einen dringlichen Antrag, dass der Grazer Gemeinderat eine Volksbefragung beschließen kann. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass er das darf oder? Hier geht es überhaupt nicht um Rechtmäßigkeit oder sonst irgendwas, hier im Moment geht es um eine politische Abstimmung über eine Volksbefragung, das kann man machen, muss man nicht, selbstverständlich. Aber die Anstiftung zum Amtsmissbrauch und das Erheben über eine Rechtsstaatlichkeit, das verbiete ich mir an dieser Stelle, das können wir nachher in einer nicht öffentlichen Sitzung den Bescheid diskutieren, dort können wir darüber reden, Herr Kollege, dann schauen wir uns das an. Hier geht es um einen dringlichen Antrag, hier geht es um den Wunsch einer Volksbefragung, die man irgendwie rechtskonform abwickeln muss, wird nicht ganz einfach sein, deshalb auch der Antrag, machen wir das. Überlegen wir, wie das geht. Hier geht es ganz normal um direkte Demokratie und das sollte hier diskutiert werden und nichts anderes. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Kollege Sippel! Eigentlich wollte ich dieses Thema hier gar nicht bei meiner Rede anschnitten, aber eines muss ich hier wirklich sagen. Die Provozierung von Neuwahlen, da seid Ihr bitte ganz, ganz ruhig, ihr habt 2014 bereits (*Applaus KPÖ und Grüne*) die Neuwahlen provozieren wollen, indem ihr diese sogenannte Partnerschaft aufgekündigt habt, ihr habt die Beschlüsse gefasst und wolle jetzt beim Budget diese Beschlüsse aber nicht mittragen, so schaut es nämlich aus (*Applaus KPÖ und Grüne*). Die KPÖ hat immer, lieber Kollege Sippel, vom Anfang an, von der ersten Stunde, wo dieses Murkraftwerk überhaupt im Gespräch war, immer eine ganz klare Haltung gehabt. Wir haben nie unsere Haltung gewechselt, ihr habt beim Speicherkanal noch vor dem Sommer dagegen gestimmt und plötzlich im September da zugestimmt, ihr stimmt sowieso öfter einmal zu, einmal dagegen, einmal zu, einmal dagegen und ihr wollt immer allen anderen wollt ihr nämlich das aufoktroieren, dass sie Neuwahlen provozieren. Aber genau ihr macht das. Wir haben eine klare Haltung und wir werden diese klare Haltung in dieser Frage auch heute hier demonstrieren. Was die Umfragen betreffen, Herr Bürgermeister, Sie haben gestern in der Pressekonferenz gesagt, dass die ÖVP eine Umfrage im Jahr 2012 zum Murkraftwerk schon gemacht hat. Hier hat die Mehrheit der Bevölkerung, so wie Sie gesagt haben, sich für dieses Murkraftwerk ausgesprochen. Das mag richtig sein, aber es war eine Umfrage, die die ÖVP gemacht hat. Hier wollen wir aber eine neutrale Umfrage, eine Volksbefragung, die der Gemeinderat beschließt. Denn bei dieser Umfrage haben sicher sehr viele Menschen nicht teilgenommen, weil es parteipolitisch inszeniert war, also von einer Partei (*Applaus KPÖ und Grüne*). Wir wissen aber alle, dieses Murkraftwerk, und darüber kann man jetzt der einen Meinung sein und der anderen, es wird eine tiefgreifende Veränderung in unserer Stadt bedeuten, ob jetzt... ich möchte, dass dieses Murer gestaltet wird oder ob die Mur näher zum Menschen oder zur Stadt kommt oder ob der eine dieses grüne Band an der Mur und das fließende

Gewässer möchte, das ist die eine Sache. Aber es bedeutet auf alle Fälle eine einschneidende Veränderung in der Stadt und es ist eines der größten Bauprojekte, der zentrale Speicherkanal, den die Stadt in den letzten Jahrzehnten finanziert hat hier und aus diesem Grund allein ist es legitim, dass der Gemeinderat vielleicht sich doch aufrufen kann und im Namen des Völkerrechts auch eine Befragung durchführt, auch wenn man sich vielleicht doch Gedanken über die Formulierung einer Frage machen muss noch, dass es hier legitim ist, dass die Bevölkerung über dieses Bauwerk abstimmt, egal wie diese Befragung ausgeht. Diese Befragung ist dann auch zur Kenntnis zu nehmen. Ich frage mich aber, wovor hat man Angst, wenn man sich so sicher ist, dass die Mehrheit ja eh dafür ist, Herr Bürgermeister, das verstehe ich leider noch nicht. Peter, ich möchte eigentlich gar nicht... du hast heute gesagt bei dem Stück zum Quartier 7 Reininghaus, kämpfen wir gemeinsam für das Budget für die Straßenbahn. Ich würde sagen, kämpfen wir gemeinsam für eine Volksbefragung, damit wir die Budgetmittel für die Straßenbahn zur Verfügung haben. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Es ist manches Mal unglaublich, dass auch die von mir sehr geschätzte Klubobfrau Bergmann die Nebelgranaten verwendet, nachdem sie ja weiß, was im Volksrechtsgesetz steht, dass Volksbefragungen zur Erforschung des Willens der Bevölkerung im Vorfeld von Gemeinderatsbeschlüssen einzubringen sind. Deshalb sind wir für keine zweite Bürgerbefragung, weil wir eine gemacht haben, weil wir das Volksrechtsgesetz, das haben wir mehrmals gesagt, für vollkommen ungeeignet halten, weil dann ist eine Frage, erstmals, das haben wir auch erlebt, wie wir es dann auch einmal quasi auf eigenes Risiko, ist uns eh klar untersagt worden, wir eine Bürgerbefragung gemacht haben zur Umweltzone zum Beispiel oder auch zum Ankauf von Reininghaus, das ist ja dann gleich unterbunden worden. Aber wenn ich möchte, dass möglichst viele Menschen mitmachen, muss ich ihnen eine Möglichkeit geben,

das einfach zu machen und deshalb hat die ÖVP, nachdem da hier ja leider keine Mehrheit war, dass man da zu so etwas kommen, hat die ÖVP auf eigene Kosten um 80.000 Euro, ist eh nachzulesen, eine Umfrage gemacht, an der immerhin 32.000 Menschen teilgenommen haben, was ein bisschen weniger als dreimal so viel ist wie die Mitglieder der Grazer Volkspartei. Also zu sagen, naja, das war ja nur eine Befragung, wir haben alle Haushalte angeschrieben, wir haben die Möglichkeit über Code mit notarieller Aufsicht diese Befragung gemacht und dabei ist das herausgekommen, was letztlich auch alle Umfragen von der Frau [REDACTED] und wer auch immer das gemacht hat, zuletzt auch von der Energie Steiermark, ergeben haben, dass drei Viertel der Menschen für die Errichtung dieses Murkraftwerkes sind, weil sie der Überzeugung dafür sind, dass ökologischer Strom in einer stark wachsenden Stadt notwendig ist, weil sie überzeugt davon sind, dass letztlich die Retter der Mur sind, die sich dafür einsetzen. Weil wenn ich dafür bin, dass die Mur sauberer wird, ich habe das im letzten Gemeinderat auch noch einmal betont, bitte der Sammelentlastungskanal führt dazu, dass die von uns um 50 Millionen errichtete Sammelkläranlage tatsächlich so effizient arbeiten kann, wie es notwendig ist. Weil bei Starkregenfällen ohne den Entlastungskanal der Dreck in die Mur rinnt und das ist leider ungefähr die Hälfte des Drecks aus unserem Abwasser. Das heißt, es verbessert die Wasserqualität der Mur deutlich, die Mur wird genutzt für den Strom, den wir brauchen und da können wir machen, was wir wollen, es wird eher mehr Strom werden, den wir verbrauchen, weil ja auch die ganze Mobilität in diese Richtung geht und die Mur wird auch genutzt und das ist auch ein Problem der heutigen Zeit für das Hochwassermanagement und Kraftwerke sind auch dazu da, das besser zu regulieren. Letztlich entsteht dort eine riesige Freifläche, die, wenn man es unten in Gössendorf anschaut, von Grillplätzen über Sportplätze, also so viele Möglichkeiten bietet und es ist bitte keine Auwiese oder sonst irgendwas, es ist ein Kanal, der durch Graz durchfließt, es ist ein komplett geregeltes Wasserbecken links und rechts befestigt. Da soll man nicht so tun, als ob da irgendwo eine Natur weggemacht wird, also da sind viele Dinge, die man den Menschen da einfach falsch erzählt und deshalb habe ich mich heute wirklich...

eigentlich habe ich lachen müssen, dass sich jemand hinausstellt und den Mund zupickt, weil eigentlich müssten sie die Ohren und die Augen auch zugepickt haben, weil anders kann ich es nicht verstehen, dass man Stimmen, die man hat, im Wissen und mit mehrfacher Aufforderung, sie rechtzeitig einzubringen, dann einbringt, wenn sie einem nichts mehr helfen und letztlich haben die Juristen das bestätigt, was man Ihnen seit vier Jahren sagen. Bringen Sie diese Unterschriften ein, sonst wird diese Volksbefragung nicht möglich sein. Es hat sich geändert aufgrund der OGH-Entscheidung, VfGH-Entscheidung, hat sich die Fragestellung geändert, das heißt, sie hätten längst geänderte Fragen verwenden müssen und sie haben in Wirklichkeit die Leute, die sie da um ihre Unterschrift und um ihre Adresse gebeten haben, eigentlich hinters Licht geführt, weil, wenn man so lange wartet im Wissen, dass es zu spät sein wird, dann glaube ich, dass es andere Hintergründe hat als die Angst um die Mur, dann ist es vielleicht doch, Herr Kollege Sippel hat es gesagt, vielleicht Intention gewesen, dass es doch eher um einen Vorwahlkampf geht, die Unterschriften hat man dann, die Adressen hat man auch, die können wir auch gut verwenden in so einem Wahlkampf, wie immer das ist und dass es eine starke Nahebeziehung gibt zwischen den Grünen und „Rettet die Mur“, ist ja nicht zu leugnen, weil selbst wenn man...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Das ist eine Unterstellung von Datenmissbrauch.

GR. **Rajakovics:** Aber interessant ist, wenn man den Link, der jetzt diese Spams auslöst, also wenn man sich diese Adressen, wenn man zufällig einen ...Link dabei, wenn man den anklickt, kommt man auf die Gemeinderätin Pavlovec-Meixner, ganz eigenartig. Ich habe das nämlich ausprobiert und da habe ich mich sehr gewundert, ok, sie wurden ausgetragen, Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne, wird... Ich kann nur sagen, mag sein,

dass das ein Zufallstreffer war, aber es sind ja auch Namen, offensichtlich kann man da auch Namen einfach eintragen und E-Mail-Adressen, weil es sind Leute dabei, die nicht gewusst haben, die dann überrascht waren, wir haben natürlich geantwortet auch, weil wir wollen ja die Bürgernähe, also antworten wir den Leuten, auch wenn es 400 oder 500 sind und dann kommen Leute und schreiben einen, danke für die Mail... wieso sie die bekommen haben, ich habe gesagt, weil ihr uns eine Petition verschickt habt, dann sagen die, wir haben ihnen keine Petition geschickt. Also das läuft schon alles ein bisschen in die Richtung, dass es ja nicht wirklich um „Rettet die Mur“ gegangen ist, sondern um Rettet die Grünen, dass die KPÖ da mittut (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*), weiß ich nicht warum, ich unterstelle nicht der Ina Bergmann oder auch nicht der Frau Vizebürgermeisterin, dass sie da ein besonders Naheverhältnis haben, aber dass es ihre Jugendorganisationen haben, das wissen wir auch. Deshalb werden wir bei der Dringlichkeit nicht dabei sein, weil diese Nebelgranate zwei, die da versucht wird zu werfen, um da zu tun, als ob man doch noch eine Volksbefragung will, das werden wir sicher nicht unterstützen. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. **Ehmann:** Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, meine Damen und Herren auf der Galerie! Also es ist schon vielfach vom politischen Kleingeld, von Vorwürfen, von Emotionalität geprägt, natürlich in der Debatte selbstverständlich und auch nachvollziehbar. Nur kommen wir einmal wieder zurück zu den Grundfesten, um was es geht. An unserer Haltung hat sich nichts verändert, selbstverständlich stehen wir für Volksbefragungen ein, wenn sie rechtskonform sind, wenn sie Sinn machen. Und mit Sinn machen meine ich, wenn man jahrelang Unterschriften, wenn man die Hürde zur Volksbefragung nach dem Volksrechtegesetz überschreitet, nicht einbringt, dann frage ich mich schon, was soll das? Wenn es hier um die Sache geht, dann würde ich schon sagen, dann hätte ich sie an dieser Stelle einzubringen gehabt, wo ich die

Hürde überschritten habe, das wäre eine logische Konsequenz für mich beim Sammeln. Dass ich darüber hinaus vielleicht noch weitere versuche, mehr Menschen zu erreichen für ein gemeinsames politisches Ziel, ja, das ist ja durchaus legitim, es wirft ja auch niemand vor, aber um die Formalkriterien zu erfüllen, hätte ich sie einbringen müssen und im Volksrechtegesetz ist es schon so vorgesehen, dass man vor einer politischen Willensbildung oder vor Projektierung, bevor Beschlüsse fallen, das einbringt, das ist die Intention des Volksrechtegesetzes. Dass das hier nicht so passiert ist, ist schon sehr deutlich erkennbar. Und wenn hier Beschlüsse der Projektbetreiber usw. im Vorfeld hier getroffen werden und das aber erst Jahre danach, wo ich schon die Hürde der Volksbefragung oder der notwendigen Stimmen überschritten habe und dann mich wundere, dass das plötzlich dann nicht mehr Rechtskonformität erlangt, wo die Magistratsabteilungen oder Präsidentialabteilung dazu kommt, zu dem Schluss kommt, dass diese Fragestellung in dieser Form nicht zulässig ist, wir im Stadtsenat als Behörde eine Entscheidung zu treffen haben, nämlich der Entscheidung Folge leisten der Magistratsdirektion aus der juristischen Fachabteilung und der Präsidentialabteilung, ja, das ist abzulehnen, ja und dann plötzlich in der Stadtsenatssitzung eine Diskussion entsteht und dann dort nicht zugestimmt wird, weil man eh weiß, dass es eine Mehrheit gibt, weil die Mehrheit nämlich durch ÖVP, durch SPÖ und FPÖ abgesichert war, na das ist Populismus pur, bitteschön. Also wenn man da was anderes erklären will, das ist ungeheuerlich (*Applaus SPÖ*). Ich war schon auf vielen Ebenen in dieser Republik tätig, aber so etwas wie gestern im Stadtsenat, so etwas habe ich überhaupt noch nie erlebt, das muss ich ganz offen sagen und ich habe schon die tollsten Dinge erleben müssen. Und diese mit dem hier verbundenen Antrag, um darauf zurückzukommen, mit dem hier verbundenen Antrag diese vollzogenen oder der Versuch der vollzogenen Verrenkungen und Winkelzügen, was im Endeffekt wieder auf dasselbe hinauslaufen würde, nämlich die Beschlüsse sind gefasst und der Versuch, wiederum vorzugaukeln, dass hier sich alles ändern würde dadurch, das wird nicht passieren und dafür noch knapp eine halbe Million Euro einzusetzen für das, dass man weiß, dass was anders herauskommt und dass das nicht verändert werden wird,

obwohl man möglicherweise teilgenommen hat an einer Befragung und viel Geld ausgegeben wurde, ja Entschuldigung, was soll denn das? Also ich halte das für relativ unseriös und ich verstehe eines auch nicht, das ist aber jetzt eher die inhaltlich Sache selbst zum Murkraftwerk, da kann man so dazu stehen und so dazu stehen, da gebe ich der Frau Kollegin Bergmann völlig Recht, da kann man seine Sicht der Dinge haben und da hat sich jede Fraktion einer politischen Willensbildung unterzogen, manche schon länger, manche kürzer, wir haben auch immer die gleiche Haltung gehabt, sage ich in dieser Form auch dazu, dass wir dazu stehen, dass wir zu einem Murkraftwerk stehen, dass wir zum Speicherkanal stehen. Und die Synergie, die sich mit dem Speicherkanal in Verbindung mit dem Bau des Murkraftwerkes ergibt, nämlich, dass sich die Stadt Graz und damit verbunden den Bürgerinnen und Bürgern 20 Millionen Euro erspart werden können, das vorzuenthalten, also das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Und je länger man wartet, weil dann immer kommt natürlich, ja und der Speicherkanal man kann natürlich jetzt schon reinigen und es hat jetzt schon einen positiven Aspekt für die Mur, klar, aber ganz dringend wäre es erst in ein paar Jahren. Ja glaubt irgendwer da herinnen, dass es in ein paar Jahren billiger wird? Der Kanal wird wahrscheinlich das Doppelte kosten in ein paar Jahren (*Applaus SPÖ*). Selbst dieses Argument verstehe ich überhaupt nicht und wenn ich ein Murkraftwerk habe damit verbunden das zu Spitzenzeiten 21.000 Haushalte abdecken wird in einer sehr stark wachsenden Stadt, dann werde ich das leider nicht nur durch Energieeffizienz abdecken können, das ist auch ein Ziel, selbstverständlich, ich glaube auch von allen Parteien hier herinnen, aber nur alleine durch Energieeffizienz das wird wohl nicht funktionieren. Und Fakt ist schon, dass bei Starkregen jetzt schon viel Verschmutzung in die Mur geschwemmt wird und eben in der wachsenden Stadt das schon zum Problem wird. Vom Murofer zu sprechen als naturnahen Lebenserholungsraum, ja da gibt es auch viele Beispiele dafür, dass das durchaus positiv gestaltet werden kann und genutzt werden kann, aber vielfach kann es dann nur genutzt werden, wenn man sagt, ok, man nimmt auch teil, man geht aktiv als Stadt in dieses Projekt, um mitzugestalten und das nicht einem Projektbetreiber allein zu überlassen, wie das zukünftig

ausschauen soll. Und eines muss ich schon sagen, für mich ein ganz wichtiges Argument und ein Pro-Argument für mich persönlich und meine Fraktion, es geht gerechnet um 1.800 Arbeitsplätze. Wer in Zeiten von heute in dieser schwierigen Zeit es bejubelt, dass dreieinhalbtausend Arbeitsplätze bei Magna geschaffen werden, ja, super, wenn dann gleichzeitig in Verbindung mit einem Projekt, was ein größeres Ausmaß und eine Bedeutung hat für die Stadt insgesamt mit Speicherkanal und alles, was heute schon angeführt wurde, und dann dort 1.800 Arbeitsplätze ignoriert, der soll in dieser Stadt keine Verantwortung tragen (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir macht das gar nichts aus, ich sage jetzt noch einmal, was das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung zur Murstaustufe Graz ist. Die Umweltverträglichkeitsprüfung hat ergeben, dass dieses Kraftwerk aufgrund seiner negativen Auswirkungen auf die Umwelt nicht genehmigungsfähig ist. Ich habe das schon fünf Mal gesagt, aber ich sage das gerne immer wieder und wenn ich dann lese, dass das so ein ökologisches Kraftwerk sei, dass da grüner Strom entsteht, dann frage ich mich, wie das sein kann, wenn das gar nicht genehmigungsfähig war? Wir wissen auch, dass die Staustufe den Zustand der Mur, und das ist erwiesen, im nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan von einer guten in einen mäßigen Zustand versetzen wird, deshalb ist auch der zentrale Speicherkanal notwendig, weil sich einfach die Gewässerqualität der Mur massiv verschlechtern wird.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Glaubwürdigkeitsproblem...

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Entschuldige, ich kann nichts dafür, Herr Kollege Frölich, dass du den UVP-Bescheid nicht gelesen hast, aber ich schicke dir das auch

gerne per E-Mail zu die Auszüge, dann musst du das nicht suchen. Ich möchte jetzt auf das eingehen, was zur gestrigen Sitzung des Stadtsenates gesagt wurde, weil ich doch denke, dass da Anwürfe gekommen sind, dass da Anschuldigungen gekommen sind, die man so nicht im Raum stehen lassen kann. Eine Redewendung sagt: „Auf Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand“, und wenn ich das jetzt sage, dann meine ich das nicht als Kritik an der Magistratsdirektion, sondern ich meine, und wir haben natürlich auch unsere juristischen Untersuchungen in Auftrag gegeben und wir haben einige Volksbefragungen nach dem Jahr 2013 in der Steiermark im Zusammenhang mit Gemeindezusammenlegungen gefunden, wo durchaus auch so allgemeine Fragestellungen waren und das dann zugelassen wurde. Also jetzt zu sagen...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Du verstrickst dich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Also jetzt zu sagen, ja das genau diese Fragestellungen, dass da keine Kritik möglich wäre, das finde ich schon sehr kritisch. Ich möchte jetzt gar nicht auf das eingehen, was der Herr Kollege Sippel, über dessen Meinungsänderung in den letzten Jahren ich mich schon wundern muss, dass der Herr Kollege Sippel gesagt hat, ich möchte nur eines sagen, wenn du dich eingeschüchtert fühlst von Menschen, die den Mund verklebt haben, dann überrascht mich das schon, wenn ich an Aktionen denke, die befreundete Organisationen von euch in unserem Umfeld in letzter Zeit gemacht haben.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Dann habe ich 701 E-Mails, mein Postfach ist schon voll, nicht noch mehr Mails bitte.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Also ich wollte jetzt auf diese E-Mail-Aktion nicht eingehen, ich finde, dass das das Recht von Bürgerinnen und Bürgern ist, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten E-Mails zu schicken.

Zwischenruf GR. Stöckler: Das ist nicht beeinsprucht worden.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich halte hiermit fest, das stimmt überhaupt nicht, ich habe auch über 500 E-Mails beantwortet, habe sehr nette Rückantworten bekommen und dafür, dass ihr das nicht gemacht habt und deshalb keine Rückantworten bekommen habt, dafür kann ich nichts. Ich möchte aber noch auf den eigentlichen Punkt von dem dringlichen Antrag zurückkommen. Ich glaube nämlich, dass da eine Verwechslung vorliegt. Es geht hier nicht um die Haltung einzelner Parteien zur Murstaustufe und zum zentralen Speicherkanal. Es geht hier einzig und allein darum, ob wir eine Volksbefragung nach dem Steiermärkischen Volksrechtgesetz ermöglichen wollen oder nicht. Das ist die Intention dieses Antrages, das hat nichts mit politischem Kleingeld zu tun, sondern das hat damit zu tun, ob man BürgerInnenbeteiligung ernst nimmt und ob man direkte Demokratie ernst nimmt. Ich möchte noch einmal dazu aufrufen, überlegt euch das, stimmt diesem Antrag zu, schauen wir, was der Herr Magistratsdirektor, wie er gestern schon in der Pressekonferenz gesagt hat, an einer Fragestellung finden könnte, hat es zumindest nicht ausgeschlossen, dass das möglich

wäre und befragen wir die Grazerinnen und Grazer, wie sie zu einer Murstaustufe in Graz stehen, dann wissen wir das alle, das ist ein politisch bindendes Ergebnis, das Ergebnis einer Volksbefragung und ich glaube, dass das nicht nur im Sinne der Grazerinnen und Grazer, sondern auch im Sinne des Demokratieverständnisses dieses Grazer Gemeinderates eine sehr richtige Entscheidung wäre. Danke (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Pogner: Das ist das, was ihr nicht habt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auch auf der ZuhörerInnengalerie! Zwei Dinge möchte ich anmerken, weil in den letzten Tagen hier im Rathaus sehr oft von der Glaubwürdigkeit die Rede war. Wie glaubwürdig ist man, wenn man das eine oder andere vertritt? Ich glaube auch, dass es durchaus legitim ist, für ein Projekt zu kämpfen oder gegen ein Projekt zu sein. Ich freue mich durchaus, dass die Mehrheit im Grazer Gemeinderat noch immer dafür eintritt, für etwas zu sein und letzten Endes auch damit nicht nur die 1.800 Arbeitsplätze schafft, sondern eine neue Lebensqualität in der Landeshauptstadt Graz. Ich habe mir in vielen Jahren mehr als alle anderen im Naturschutzbeirat und in vielen Gesprächen die Argumente der Gegner angehört, viele waren, wenn ich so sagen darf, mehr als schlimm, weil sie einfach nicht gestimmt haben. Manche Dinge waren mir wichtig, damit wir dieses Projekt verbessern. Und heute möchte ich auf zwei Dinge eingehen, die mir wichtig sind. Frau Gemeinderätin, Sie haben das jetzt provoziert, Sie haben gesagt, die Umweltverträglichkeitsprüfung hat dieses Kraftwerk nicht bestanden. Wir werden nicht alle, ich glaube, 114 Seiten zitieren, aber erstens, Genehmigung des Vorhabens, ich lese jetzt aus dem Bescheid vor, der Energie Steiermark AG, 8010 Graz, Leonhardgürtel 10, vertreten durch die Rechtsanwälte aus

Wien, Schwarzenbergplatz, wird nach Durchführung des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb des Vorhabens Murkraftwerk Graz nach Maßgabe der mit dem Genehmigungsvermerk dieses Bescheides versehenen Projektunterlagen und unter Vorschreibung der unten angeführten Nebenbestimmungen erteilt. Das heißt, das UVP-Verfahren ist...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...das ist ein Bescheid. Noch einmal, Genehmigung für den Bau dieses Kraftwerks unter den hier genannten Auflagen wird erteilt. Zweitens und jetzt geht es um etwas, was mir wichtig ist, wir werden uns heute auch noch einmal darüber unterhalten, wie auch die beiden Kolleginnen im Stadtsenat, das tun wir aber nicht jetzt, jetzt gehen wir, möchte ich da nur einmal ganz genau auf das eingehen, was hier jetzt als dringlicher Antrag vorliegt und auch da möchte ich wieder sagen, ist es eine Irreführung der Menschen, für die wir viel Geld in die Hand nehmen sollten, weil ihr schlägt heute Folgendes vor: Ich weiß nicht, ob sich das alle angeschaut haben, sollten wir ernsthaft den Grazerinnen und Grazern die Frage stellen ob die Stadt Graz von der Möglichkeit einer Kündigung des mit dem Murkraftwerk Graz Errichtungs- und BetriebsgmbH abgeschlossenen Kooperationsvertrages Gebrauch machen soll, wenn nicht bis zum 31.12. quasi bestätigende Baubeschlüsse zu fassen sind? Und dann kommt der dritte Punkt, die Fragestellung für die Durchführung der Volksbefragung ist dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung am 17. November 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen. Was heißt das ganz konkret? Das hieße eigentlich, dass wir eine Fragestellung bis zum nächsten Gemeinderat machen und dann müsstet ihr

gerade einmal jetzt wissen nach diesen vielen Jahren und den Diskussionen, dass dann das Ausschreiben dieser Volksbefragung, jetzt von euch heute gewünschten Volksbefragung hinter dem 31.12. liegt und es müsste euch auch bewusst sein, dass unser Speicherkanalbeschluss am 31.12. endet. Das heißt auch, diese jetzt vorgelegte Volksbefragung ist in Wahrheit schade ums Geld und nicht notwendig, weil wenn die Baubeschlüsse bis zum 31.12. nicht gefallen sind, dann brauche ich die Befragung auch nicht mehr, weil dann ist unser Vertrag, wenn ich so sagen darf, erledigt. Dann gibt es keinen Speicherkanal mehr und der Speicherkanal ist Bedingnis für die Umweltverträglichkeitsprüfung. Also es ist auch diese Frage, wenn ich so sagen darf, wieder zu spät, weil am 31.12., habe ich was falsch verstanden? Am 31.12. haben wir beschlossen...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Kann die Stadt entscheiden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, da kann man nichts mehr entscheiden, wir haben hier herinnen beschlossen, dass wenn es nicht bis 31.12. einen Beschluss gibt, ist unser Beschluss wieder hinfällig. Also ist die Befragung, die ihr uns heute vorlegt, hinfällig. Wenn es nicht stimmen würde, mich würde es wundern, weil so sehe ich es und so lese ich es gerade.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Da ist eine Fristverlängerung drinnen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, unser Speicherkanal endet am 31.12., bis dorthin müssen die Beschlüsse vorliegen. Ich nehme auch an, dass sie es tun und wenn sie vorliegen, brauchen wir auch nachher nicht die Leute wieder befragen um viel Geld. Und es ist nicht die Intention von drei Fraktionen zumindest hier herinnen, dass wir jetzt auch noch eine Frage stellen, um jenen, die mit den Stimmen so lange so umgegangen sind, jetzt noch einmal eine, aus meiner Sicht, auch für den Bürger schwer verständlichen Frage hintanzuschließen. Es geht einfach darum, dass ihr das Murkraftwerk nicht wollt und ich habe zugehört, was waren die Beweggründe? Und ein Beweggrund war zuerst der Huchen, das war der Fisch, weil das war euer Haupt... Ich habe Veranstaltungen gehabt, wenn ich mich an den Minoritensaal erinnere, da ist er vorgeführt worden, so groß habe ich ihn selber noch gar nicht gesehen, aber macht nichts. Jetzt habe ich ihn immer wieder gesehen, weil ich gehe runter nach Liebenau und interessanterweise vor einer Staustufe lebt der Huchen noch. Und jetzt kommt eine zweite Geschichte und die ist nicht uninteressant, das Hauptargument von allen Gegnern war, dass da Bäume gefällt werden aufgrund des Speicherkanals. Also zuerst der Fisch und jetzt der Baum und wir wissen, dass Bäume gefällt werden müssen, ja, wir wissen auch, dass sie nachwachsen und wir wissen auch, dass wir dafür sorgen werden, dass mehr Bäume in diesem Stadtgebiet gepflanzt werden als da jetzt einmal zur Fällung notwendig sind. Und das sind die zwei Hauptargumente, alle anderen, dass die Mur stinken anfängt, dass man Hochwasser haben, was ich da alles gehört habe und was Menschen vielleicht dazu bewegt hat, in ihrer Angst dann diese Unterschrift auch abzugeben, mit denen man dann so lange nichts gemacht hat, das ist das Hauptargument dagegen und ich hätte halt so viele Hauptargumente dafür lieber in dieser Stadt (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Equal Pay Day 2016 und weitere Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden im Wirkungsbereich der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Aufmerksamkeit jetzt immens hoch ist nach der Debatte, werde ich es ganz kurz machen. Wir haben im Vorfeld mit den verschiedenen Fraktionen ja auch schon gesprochen. Es geht hier darum Equal Pay Day jedes Jahr, heuer am 13. Oktober ist das große verständliche Bedauern, dass es immer noch diese Einkommensunterschiede gibt, dass es keine Entgeltgleichheit gibt bedingt durch alle möglichen Faktoren. Unter anderem Teilzeit, ungewollte Teilzeit, unter anderem unterschiedliche Einstufungen usw. Die Frage in diesem dringlichen Antrag ist, was kann die Stadt Graz tun, was soll sie tun, um dagegen etwas zu unternehmen beziehungsweise ihren Beitrag zu leisten und dazu habe ich vier Punkte, Herr Bürgermeister, könnten Sie vielleicht die Glocke läuten, wenn Sie mich hören? Der Herr Bürgermeister ist sonst so multitaskingfähig, dass das auch geht, ich meine super, wenn unser Klubobmann so überzeugend ist. Vier Punkte zur Dringlichkeit. Ich sehe schon ab, dass die Dringlichkeit nicht durchgeht, weil zwar erfreulicherweise natürlich die KPÖ und die SPÖ mitstimmt, Philip, soweit ich das jetzt vom Nicken sehe, auch, aber wir haben halt heute das 23 : 23. Aber zur Dringlichkeit. Ein Punkt, zu dem wir auch als Stadt rechtlich verpflichtet sind, jetzt war die ganze Zeit die Rede von Rechtsbruch. Der Einkommensbericht Haus Graz, der

Einkommensbericht über die Geschlechterverteilung der Einkünfte unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss laut Gesetz, laut Gleichbehandlungsgesetz spätestens im März des jeweiligen Folgejahres, das wäre im März 2016 gewesen, vorliegen, sowohl den Betriebsrätinnen und Betriebsräten vorliegen als auch in diesem Fall jetzt uns als Gemeinderat. Das dies noch nicht der Fall ist, das war eine der Motivationen für mich, diese Angelegenheit als dringlich zu erklären, ich freue mich, dass zumindest einige dieser Logik folgen und andere, die vorher so viel von Rechtsbruch gesprochen haben, das vielleicht nicht tun, die sollten da einmal darüber nachdenken. Zweiter Punkt wäre die Ausarbeitung von einem Projekt, das eigentlich von der ÖVP auch eingebracht wurde, dieses Frauen-Mentoring, wir haben erfreulicherweise ja durch die letzten Amtsleitungsbestellungen etwas auffüllen können in der Verteilung von Frauen und Männern in diesen Positionen, diese auch einzubinden verstärkt in dieses Frauennetzwerk, das sich jetzt bereits gebildet hat. Der dritte Punkte, wir haben über einige Jahre immer wieder Anregungen bekommen vom Referat für Frauen und Gleichstellung mit allen möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation. Die Dringlichkeit, weshalb ich das hier sehe ist, dass wir, ich glaube seit 2010 habe ich das jetzt, Priska Pschaid ist später erst gekommen in die Funktion, dass wir zwar eine endlich eine Liste von Maßnahmen haben, die konkreten Umsetzungen aber immer noch etwas sind, was im Moment größtenteils auf dem Papier besteht. Also ich sage nicht, dass es keine Bemühungen gibt, aber wir wissen alle, dass einfach ein Maßnahmenpaket, das im Ausschuss besprochen wird, noch keine wundersame Veränderung bringt. Und der vierte Punkt ist etwas, was mit der Budgetgestaltung zu tun hat, Gender Budgeting sind wir als Stadt wie jede Gebietskörperschaft auch verpflichtet das umzusetzen, wir haben ein erstes Pilotprojekt aus dem Jahre 2012, aber bislang noch keine Ergebnisse, die uns als Gemeinderat oder uns in dem Ausschuss vorgelegt werden. Diejenigen, die sich den Antrag angeschaut haben, sehen, es gibt andere Städte, Wien-Meidling zum Beispiel ist als Bezirksbudget, die das sogar großartig graphisch aufbereiten, sodass man sieht, wie gehen wir mit unseren Mitteln um, welche davon kommen beiden Geschlechtern

gleichermaßen zugute, welche nicht und wo gibt es Nachbesserungsbedarf. Diese vier Punkte erneut anzugehen in einem gemeinsamen Kraftakt, um nicht immer am Equal Pay Day zu klagen, sondern einfach gemeinsam diesen Equal Pay Day endgültig auf den 31. Dezember, 24.00 Uhr, zu verschieben, das ist der Sinn meines Antrages. Ich weiß, dass die Dringlichkeit nicht durchgeht, weiß aber von den Vorgesprächen mit Sissi, mit der Alexandra, dass das Anliegen sehr wohl behandelt wird, darum geht es auch. Ich hoffe wirklich auf diese Zusage, dass der Bericht, der im März hätte kommen müssen, dass der jetzt wirklich bitte kommt und dass auch da vielleicht bei der Gelegenheit, wenn wir das im Ausschuss präsentiert kriegen, genau diese Fragen diskutiert werden, die ich in meinem Antrag ausgeführt habe und wo ich im Vorfeld mit den Parteien, denen das ein Anliegen ist, auch in Gesprächen gehört habe, dass sie inhaltlich das sehr wohl unterstützen. Also danke ich denen, die der Dringlichkeit zustimmen und hoffe, die anderen, die das nicht tun werden, trotz dieses Rechtsbruchs, was den Bericht betrifft, heute noch gut schlafen können und beim Ausschuss sich dann entsprechend einbringen. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

StR. **Ehmann** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dem dringlichen Antrag können wir einiges abgewinnen, der Equal Pay Day, wie es die Kollegin Grabe schon angesprochen hat, der Grund zum Feiern wäre der 31. Dezember, 24.00 Uhr, wenn wir ihn dort begehen könnten. Und ich sehe natürlich jede Maßnahme als dringlich an, weil ich ja nach wie vor den oder eklatante Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen verringern können. Deshalb auch die Zustimmung der Dringlichkeit beziehungsweise in weiterer Folge dann, wie sie es schon angesprochen haben, die klubinternen Diskussionen und Verhandlungen zu dem Thema, wo wir versuchen, natürlich was weiterzubringen. Außerdem ist aber einiges im dringlichen Antrag angesprochen, das bereits in Arbeit ist. Somit habe ich vor Wochen schon darauf hingewiesen, dass in Zukunft ein besseres Augenmerk speziell auf die

Fördermöglichkeiten im Sinne von Karrierechancen zu legen ist und der Einkommensbericht, der angesprochen wurde, ist mehr oder weniger, eher mehr als weniger, fertig und wird im nächsten Gemeinderat auf der Tagesordnung stehen. Und ich nehme die Anregungen aus dem dringlichen Antrag gerne mit, kann aber nicht zusagen, dass das mit dem Einkommensbericht sich jetzt analog 2015 ausgeht, das ist klar, weil das jetzt zeitlich zu kurz ist und ich würde sagen, weshalb wir seriöser Weise hier dann beim nächsten Mal darauf pochen, dass diese Inhalte bereits dort enthalten sind. Im Haus Graz, das angesprochen wurde, muss man schon dazusagen, da ist schon sehr viel passiert, natürlich sollte man sich in diese Richtung weiterentwickeln, aber da gibt es schon sehr viel, aber das kommt auch nicht von ungefähr, weil wenn man das betrachtet, dass seit Schaffung des Frauenreferates, das war 1993, die Frauenpolitik in sozialdemokratischer Handschrift war, nämlich mit Helga Konrad als erste Frauenstadträtin, aber auch zuvor die Frauenpolitik ein großer Bereich schon war, nämlich bei Bürgermeister Alfred Stingl, der zu Beginn dafür die Zuständigkeit gehabt hat und diese sozialdemokratische Ressortverantwortung wird es auch in Zukunft geben, nämlich in Zusammenarbeit mit den vielen starken engagierten Frauen in dieser Stadt werden wir neue starke Impulse setzen und ja richtig, die Frauenagenden werden bis zur vermeintlichen Neuwahl bei mir bleiben, aber nicht deshalb, weil ich mich nicht für diesen Bereich interessiere und jetzt dazu komme, dass ich sage, nein, die Frauen belassen wir jetzt, weil es eben einer Neuwahl zugrunde liegt und das mit dem Budget sowieso fraglich ist, nein, es geht deshalb, weil mir der Bereich sehr wichtig ist und ich noch einmal erläutern will, warum ich versucht habe, das abzugeben. Der Versuch des Abgebens lag darin, dass ich der Meinung war, dass eine Frau, eine Kollegin in der Stadtregierung den Vorsitz beziehungsweise die Ressortführung für ein Referat Frauen und Gleichstellung, wobei die Gleichstellung natürlich selbstverständlich auch die Männer betrifft, aber vorrangig in der Frauenpolitik, eine Frau voranstellen sollte. Das war bis heute in dieser Form nicht möglich, wir haben einige Gespräche geführt, Gespräche mit Bedingungen auch, die ich nicht erfüllen kann diese Bedingungen, das habe ich auch immer dazugesagt, ich kann auch nicht für jemanden anderen eine

Ressortverhandlung, also für einen Mitbewerber, eine Kollegin, einen Kollegen, eine Ressortverhandlung führen, das ist selbst zu führen, das ist eh klar, so wie ich es persönlich natürlich auch führe und geführt habe auch in den Ressortfragen, die ich sehr deutlich auch für die Agenda darauf hingewiesen habe, dass die Angelegenheit mit dem Ressort für Frauen und Gleichstellung noch zu lösen ist. Wir haben darüber gesprochen, Elke Kahr hat daraufhin gesagt, wie zu Beginn, wir haben am Anfang schon Gespräche darüber geführt und Elke hat ja auch gesagt, ja, sie würde es auch nehmen, aber eben unter der Bedingung, die unabhängige Frauenbeauftragte wieder einzurichten und eine Budgetbedingung. Die Budgetbedingung sehe ich gleichermaßen so, die unabhängige Frauenbeauftragte kann ich nicht einrichten und zurückführen, weil wir hier politisch anders entschieden haben. Und Ähnliches bei Lisa Rücker, wir haben auch darüber gesprochen, auch hier war die Bedingung die Rückführung der unabhängigen Frauenbeauftragten und auch eine Dotierung, der Dotierung, der ich selbst auch in dieser Form nachkomme oder in der Verhandlung angesprochen habe, aber noch einmal, diese Rückführung kann ich nicht durchführen. Verwundert war ich nur ein bisschen, wenn mir an der Sache so viel liegt, dass das mit Bedingungen verbunden ist, weil wenn ich sage, mir ist Frauenpolitik oder das Frauenreferat, Frauen und Gleichstellung so wichtig, dass ich ein Signal, ein Symbol setzen will, dem vorzustehen, um eben die Möglichkeit zu haben, so wie es bei mir als Mann ist, hier keine Reflexionsfläche bieten zu wollen, nämlich biologisch nicht im Weg zu stehen, weil ideologisch bin ich dort, aber biologisch eben nicht und es mir ersparen wollte, dass ich jeden Tag in der Früh erklären muss, warum ich ein Mann bin, das ist nämlich nicht meine Intention und mein Zugang zur Frauenpolitik, also in diesem Sinne war es mir wichtig, eben hier eine Möglichkeit zu schaffen, das abzugeben. Ist jetzt nicht zustande gekommen, im März gibt es Wahlen, die Karten werden neu gemischt, wir werden sehen, wie es dann weitergeht, aber bis dorthin werde ich das Ressort auf jeden Fall behalten, mich sehr bemühen, wie ich es in all meinen Ressortverantwortungen mache und werde auch hier gute Schritte setzen können. Ich denke, damit ist ein Ping-Pong-Spiel beendet, was ein bisschen so angemutet hat, ja,

...wird es nicht und ich glaube, man kann damit auch ein Zeichen setzen, dass man sagt, bisher durch das, dass ich die Verantwortung jetzt sich niemand eindeutig verantwortlich gefühlt hat oder für die zukünftige Entwicklung, dass man das jetzt beenden kann und ganz klar mit Frauenpolitik starten kann, nämlich auch in der öffentlichen Wahrnehmen, das hat nämlich in letzter Zeit dadurch bedingt durch die Verhandlung natürlich nicht in der Form stattgefunden, wie die Frauen eigentlich einen Platz haben sollten in der Öffentlichkeit. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Das rote Lichtlein, das dort leuchtet, ist kein Fraktionslicht.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Aber es hätte gleich eingeschaltet lassen werden können, weil wir sind auch dunkelrot. Irgendwie sind wir von der Farbe ja nicht so weit weg, finde ich, und da möchte ich auch anknüpfen...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Ja, ist so, das leugne ich nicht, wir haben dieselben sozialen Wurzeln, die Sozialdemokratie und die Kommunisten und das ist nichts Negatives, finde ich zumindest. Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat Ehmman. Ich hätte mich eigentlich gar nicht zu Wort gemeldet, dem Dringlichkeitsantrag stimmen wir natürlich der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu. Ich möchte jetzt nur, weil der Herr Stadtrat Ehmman mich auch als Person da jetzt angesprochen hat im Zusammenhang mit dem Budget, was er fast sachlich wiedergegeben hat und dafür bin ich auch froh,

das ist ja nicht in Zeiten, wo jetzt ein bisschen alles anders ist, immer so. Ich möchte Ihnen nur persönlich sagen, ich bin jetzt 55 Jahre alt und seit 1993 hier im Gemeinderat. Es werden die wenigsten wissen, der Antrag zur Einrichtung eines Frauenreferates ist von der KPÖ gekommen, den Antrag habe ich damals selber gestellt, kann ich mich noch gut erinnern. Der Satz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist so alt fast wie ich selber bin. Ich habe seit meinem 18. Lebensjahr in der Frauenbewegung habe ich mit vielen Frauenorganisationen Initiativen, auch mit sozialdemokratischen Frauen, Hand in Hand für viele Verbesserungen in sozial und ökonomischer Hinsicht für Frauen- und für Geschlechtergleichheit außerparlamentarisch gekämpft, aber auch hier im Gemeinderat mit vielen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen. Das heißt, und das möchte ich Ihnen einfach hier auch sagen, Frauenpolitik, mit dem bin ich groß geworden in meiner Partei und auch mit vielen Frauen außerhalb dieses Hauses und das ist etwas, was ich nie missen möchte, weil ich selber davon sehr viel gelernt habe und es mir auch mein politisches Leben bereichert hat. Deshalb würde ich dankbar sein, wenn das Frauenreferat in den Händen von mir sein könnte, aber eines muss man auch sagen, es gibt einen guten politischen Stil und man maßt sich nicht an einer Ressort, das ein anderen Fraktion 2012 nach der Wahl zugeteilt wird, einfach so zu sagen, das hätte ich jetzt gerne. Wenn, der Herr Stadtrat Ehmman kann nichts dafür, wenn seine Kollegin zuvor zurückgetreten ist, er ist als Mann für dieses Ressort, da haben wir auch überhaupt kein Problem damit, ganz im Gegenteil, aber eines ist auch klar, die KPÖ hat sich ja auch für den Beibehaltung der Frauenbeauftragten immer eingesetzt und war dagegen, dass sie abgeschafft wird und deshalb ist es auch logisch, dass wir sagen, dieses Referat können wir nur übernehmen, wenn es gewünscht wird, dass die Frauenbeauftragtenstelle beibehalten wird, nicht mehr und nicht weniger war in den Budgetverhandlungen auch unsere Forderung. Und wenn das nicht möglich war, haben wir das zur Kenntnis genommen, haben das aber alleine nicht zur Budgetfrage gemacht, das wollte ich hier nur sagen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Daniela! Ich komme ganz kurz zu deinen Einführungen bei dem dringlichen Antrag. Gesellschaftspolitisch ist es natürlich ein Thema, über das brachen wir gar nicht reden und das ist wichtig, dass die Frauen gleichgestellt sind. In deinem Betreff, um ihn zu zitieren, steht drinnen, Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden im Wirkungsbereich der Stadt Graz. Und dann haben wir unter dem ersten Absatz, und da zitiere ich auch wieder, die Stadt Graz als Dienstgeberin und ihre Tochtergesellschaften gehen bei der Bestellung solcher ungerechtfertigten Einkommensunterschiede beziehungsweise finanzieller Benachteiligung inkludierter Karriereabläufe bekanntlich mit gutem Beispiel voran, einerseits aufgrund der Vorgaben des Gleichbehandlungsgesetzes, andererseits durch Bemühungen etwa für eine höhere Stundenausmaß-Möglichkeit bei Teilzeitkräften wie im Reinigungsbereich der städtischen Tochter GBG. Also du lobst die Stadt Graz, also ich weiß eigentlich nicht, warum man dann da noch irgendwas abstimmen sollen?

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe: Hast du den zweiten Absatz auch geschafft?

GR. **Pogner**: Es ist so, dass wir in der Stadt Objektivierungsrichtlinien haben, die wurden eingeführt und bei den Objektivierungsrichtlinien geht es auch ganz klar hervor, dass bei uns gleiche Arbeit unter gleichen Voraussetzungen den gleichen Lohn ergeben, ob Männer oder Frauen, da gibt es bei uns keinen Unterschied. Der Unterschied ist gegeben durch die Verschiedenartigkeit der Anstellungen. Jetzt haben wir natürlich im Reinigungsbereich mehr Damen angestellt, wenn man dort jetzt eine Gleichheit schaffen wollen, dann müssen wir jetzt die nächsten Reinigungskräfte, die wir aufnehmen, müssten wir Herren beschäftigen, würden wir gerne, aber es melden sich

halt keine, wenn wir ausschreiben. Daher ist es so, dass wir diese Ungleichheit in der Stadt Graz so nicht sehen, es ist ein absolut Gleiches zwischen Männern und Frauen bei uns im Haus Graz, gleiche Arbeit, gleicher Lohn, Frau Vizebürgermeisterin, bei uns in der Stadt wird das so gelebt (*Applaus ÖVP*) und wenn Sie sagen, Sie haben sich dafür schon eingesetzt, wir haben es umgesetzt, wir in der Stadt Graz haben das und daher ist es für uns nicht dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Folgendes, ich finde es interessant, gerade Sissi, dass du jetzt so heftig geklatscht hast, wenn der Vorredner davon spricht, wie absolut gleich das ist und wir haben gerade vorher von Person zu Person noch gesprochen, wo du sehr wohl suggeriert hast, dass du inhaltlich die Dinge auch teilen kannst, aber gut. Zu dir, Harry Pogner, inhaltlich brauche ich, glaube ich, nicht viel dazu zu sagen, denn es geht in dem Antrag, wenn an ihn liest, doch um einiges mehr. Wenn man schon liest den Antrag und das hast du zumindest jetzt mit Vorlesen probiert, dann sollte man eigentlich auch den nächsten Absatz schaffen. Ich habe nicht an dich gedacht, als ich dann den nächsten Absatz mit einem fett gedruckten Wort begonnen habe. Aber das, was du vorgelesen hast, richtig, das stimmt. Der nächste Absatz beginnt mit „nichtdestotrotz“ und dann kommt Luft nach oben und um das geht es hier. Aber inhaltlich brauche ich nicht darauf eingehen, wenn jemand davon spricht, dass absolut alles gleich wäre. Natürlich weiß ich, dass wir das Gleichbehandlungsgesetz berücksichtigen müssen, nona, natürlich wissen wir aber auch, Stadtrechnungshofbericht zum Beispiel hat jetzt auch wieder ausgeführt, wir haben auf 130 Bedienstete einen Zusatzvertrag. Die Zusatzverträge sind davon nicht erfasst. Vielleicht sind sie auch korrekt, weiß man nicht, also korrekt, ich meine jetzt in der Aufteilung zwischen Frauen und Männern, das wissen wir noch nicht, weil keine Zahlen dazu vorliegen. Aber bei 130 Verträgen ein Zusatzvertrag, da ist sehr wohl Bedarf und Luft nach oben, dass man da einmal hinschaut. Insgesamt aber möchte ich lieber auf die konstruktiven Beispiele eingehen.

Herr Stadtrat Ehmann, es freut mich sehr, dass Sie diese Punkte auch aufnehmen und die Dringlichkeit dabei erkennen. Ich freue mich sehr, dass jetzt der Einkommensbericht, der, wie gesagt, eigentlich seit März vorliegen sollte, tatsächlich kommt und es war jetzt auch nicht meine Intention, dass sofort in dem jetzt, wann auch immer die nächste Gemeinderatssitzung ist, vorliegenden Bericht alles drin sein kann, sondern dass damit eben auch wieder der Prozess neu in die Wege geleitet wird. Danke, Elke, auch für die Ausführungen Richtung unabhängige Frauenbeauftragte, dazu ein letzter, weil die Zeit... ein letzter Hinweis, warum wir das auch hineingenommen haben, weil Sie sagen, Sie können das nicht mehr nochmal einführen. In dem zweiten Artikel, den ich auf der Stadt-Graz-Seite zu Gender Budgeting in Graz gefunden habe, ist ein Bericht von der Leiterin des Referates über die Errungenschaften usw. Gender Budgeting kommt fast gar nicht vor, aber es kommt vor. Frauenreferat seit 1993, ok, Frauenförderprogramm seit 2001, ok, Gleichbehandlungsbeauftragte, ok laut Landesgesetz, ich meine, nona, interne ... und es kommt vor und ich nehme einfach euch, auf euch jetzt Bezug, es steht in dem vom Frauen- und Gleichstellungsreferat veröffentlichten Dokument unabhängige Frauenbeauftragte seit 1986. Auf das haben wir einfach auch noch Bezug genommen, deswegen ist die vollkommen logische Konsequenz, so wie Elke Kahr das schon gesagt hat, auch die Lisa Rücker bei diesen Verhandlungen das eingefordert hat, was die Stadt 2014 noch selber gerühmt hat, das Gleichstellungsreferat selber noch gerühmt hat, das zuständige Ressort selber noch gerühmt hat und was wir in Konsequenz auch immer und immer wieder eingeführt haben. Aber danke für die Behandlung des eigentlichen Anliegens dann infolge im Ausschuss und in künftigen Gemeinderatssitzungen, an denen ich dann wahrscheinlich nicht mehr dabei bin. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich würde dann auch einmal empfehlen, sich genau anzuschauen, was denn der Unterschied zum ursprünglichen Vertrag ist. Es ist ein einziger Punkt, der anders geregelt ist als er vorher war.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe: Das ist das Geld, das zur Verfügung steht...

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, es geht um die Geschäftsführung und was das Geld anbelangt, haben wir jetzt auch diskutiert, dass ja hier auch Vorsorge hätte jetzt getroffen werden sollen, werden wir schauen, wie das in Zukunft weitergeht. Sie haben Zusatzverträge gesagt, ich glaube, Sie haben Sonderverträge gemeint und da kann ich nur sagen, diese wenigen Sonderverträge, die wir in der Landeshauptstadt im Stadtsenat zu beschließen haben, ich kann es jetzt auch nicht genau gewichten, aber aus meinem Erinnerungsvermögen sind es jetzt meistens Frauen in letzter Zeit gewesen, die einen solchen Sondervertrag bekommen haben, vor allem im ärztlichen Bereich etc., damit Frauen mit diesem Sondervertrag mehr verdienen als die ursprüngliche Einstufung aufgrund der Vordienstjahre ausgemacht hätte. Ich sage es nur, ich will das nur ergänzen, also wir haben sehr darauf geachtet in der Stadtregierung und das waren bei den letzten Beschlüsse, so viele sind es ja nicht, doch vorwiegend Frauen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.*